

- Neues erfahren -

Von der Arbeit mit kurdischen Frauen zur interkulturellen Öffnung



HÎNBÛN

Internationales Bildungs- und Beratungszentrum
für Frauen und ihre Familien

Herausgeber: HÎNBÛN - Internationales Bildungs- und Beratungszentrum für Frauen und ihre Familien

Jagowstr. 19 / 13585 Berlin-Spandau

Tel: 030-336 66 62 / Fax: 030-335 69 36 / email: hinbun@t-online.de

Erstellt von: Aso Agace, Theda Borde, Zonya Dengi, Irma Leisle

Diese Broschüre wurde von der Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen finanziert. Berlin 1999. Alle Rechte vorbehalten.

Inhalt

Vorwort der Staatssekretärin für Frauenpolitik a.D.	4
Dankesworte des Trägers Ev. Kirchenkreis Spandau	5
Ein persönlicher Bericht von Prof. Dr. Christine Holzkamp, Beiratsmitglied ...	6

I. KurdInnen in Kurdistan

Kurzer Überblick über die kurdische Geschichte	9
Türkei	12
Iran	15
Irak	16
Syrien	17
Sprache	18
Religion	19

II. KurdInnen in Berlin und Bundesrepublik Deutschland

Allgemeine Situation	20
KurdInnen in der Wahrnehmung der deutschen Öffentlichkeit	21
Besondere Situation von kurdischen FrauenÊ	22
Flüchtlingsfrauen	23
Erziehung und Generationsunterschiede	25
Gedicht: die entzauberung	26
Gesundheitsversorgung	27
Zukunftsperspektiven	28

III. Soziale und interkulturelle Arbeit mit kurdischen Frauen am Beispiel von HÎNBÛN

Von einer kurdischen zu einer interkulturellen Einrichtung	30
Interkulturell aus der Sicht von HÎNBÛN	31
Arbeitsschwerpunkte	32
Beratung	32
Beratungsschwerpunkte	33
Gesundheitsberatung	34
Bildungsangebote.....	35
Interkulturelle Gruppen	36
Seminare	36
Deutschkurse	37
Alphabetisierung in kurdischer Sprache	37
Arbeit mit Flüchtlingsfrauen	38
Nachbarschaftstreffpunkt / Offener Treffpunkt	39
Mädchen- und Jugendarbeit	39
Fortbildungen für Fachkräfte	39
Öffentlichkeitsarbeit und Kooperation	40
Gremienarbeit und Kooperation	41
Zwei Beispiele aus der Arbeit von HÎNBÛN	41
Jugendbildungsfahrt nach Auschwitz	41
Schreibwerkstatt für (gefolterte) Flüchtlingsfrauen	43
Schlussbemerkung von Aso Agace (Leiterin von HÎNBÛN)	46
Von HÎNBÛN erstellte Materialien	49
Ausgewählte Literatur zum Thema KurdInnen	49

Vorwort

"Mit HÎNBÛN verbindet mich eine langjährige Zeit des Austausches und der Zusammenarbeit. In meiner Arbeit als Abgeordnete, Vorsitzende des Ausländerausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin und als Staatssekretärin für Frauenpolitik habe ich mich mit den selben Themen befasst, zu denen auch HÎNBÛN arbeitet. Hierzu gehören - um nur einige zu nennen - die Verbesserung der rechtlichen und gesellschaftlichen Position von Migrantinnen, die Situation von Flüchtlingsfrauen, der Umgang mit Traumatisierungen durch Folter und Vertreibung sowie der interkulturelle Austausch.

HÎNBÛN, das kurdische Wort für "lernen, Neues erfahren", ist nicht nur Name, sondern zugleich Programm des Projekts. 1981 als Forschungsprojekt entstanden und dann als Treffpunkt in die Förderung des Senats übergegangen, hat HÎNBÛN sich zu einem interkulturellen Bildungs- und Beratungszentrum für Frauen und ihre Familien entwickelt. Die meisten Besucherinnen sind Kurdinnen, deren Migration vor dem Hintergrund einer komplizierten und leidvollen Geschichte stattgefunden hat und deren Situation auch hier in Berlin lange Zeit von einer weitgehenden Marginalisierung geprägt war. Bei HÎNBÛN finden aber auch Menschen aller anderen Nationalitäten die - intensiv genutzte! - Gelegenheit, sich auszutauschen und mit- und voneinander zu lernen. Hierbei haben die Mitarbeiterinnen trotz ihres anstrengenden Arbeitsalltags immer wieder Zeit und Wege gefunden, neue Themen aufzugreifen und ungewöhnliche Vorhaben zu realisieren, die in dieser Broschüre vorgestellt werden. HÎNBÛN leistet so einen wichtigen Beitrag zu mehr Offenheit und Toleranz in unserer multikulturellen Gesellschaft.

Ich hoffe, dass die Broschüre zahlreiche Menschen anregt, sich ebenfalls ernsthaft mit der Geschichte und dem Hintergrund der hier lebenden Migrantinnen auseinanderzusetzen und immer wieder neu die Begegnung und den Austausch mit den vermeintlich "Anderen" zu suchen."

Helga Korthaase, Staatssekretärin a. D.
Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen Berlin

Dankesworte des Trägers Ev. Kirchenkreis Spandau

“... Ich bin ein Fremdling gewesen und Ihr habt mich beherbergt.“

Matthäus 25, 35

"Lernen – Neues Erfahren"

voneinander lernen und erfahren – miteinander mehr erleben

Im Brennpunkt Spandau Neustadt, ein von ausländischen MitbürgerInnen stark besiedeltes Wohngebiet um die Evangelische Lutherkirche herum, wurde das Forschungsprojekt "HÎNBÛN" 1981 ins Leben gerufen.

Aus den anfänglich geplanten drei Jahren ist die interkulturelle Arbeit von nunmehr gut 18 Jahren geworden, für die der Kirchenkreis Spandau die Trägerschaft übernommen hat. Unterstützt vom HÎNBÛN-Beirat und der Ev. Luthergemeinde sind viele Hürden auf dem Weg vom rein kurdischen zum internationalen Treffpunkt überwunden worden. HÎNBÛN hat sich im "Spandauer Kiez" etabliert und ist als feste Adresse und Ansprechpartner nicht mehr wegzudenken.

Mit bemerkenswertem Engagement ist es den Mitarbeiterinnen stets gelungen, aus der Fülle der Bedürfnisse unserer ausländischen Mitbürgerinnen Schwerpunkte für die Arbeit zu setzen, um die Integration, den Dialog zwischen ausländischen und deutschen Frauen und ihren Familien und nicht zuletzt das Überwinden von Vorurteilen voranzubringen.

HÎNBÛN wurde in all den Jahren getragen von der Spandauer Kreissynode, dem Kreiskirchenrat, kirchenkreislichen Einrichtungen und auch den Gemeinden, die gezielt Projekte unterstützten. Wir wollen allen, die die Arbeit auf unterschiedlichste Weise mitgetragen haben, danken.

Der besondere Dank gilt aber auch der Berliner Senatverwaltung für Arbeit, berufliche Bildung und Frauen, die die langjährige Arbeit finanziell abgesichert und zum großen Teil durch Frau Korthaase immer gern begleitet hat. Wir wünschen uns auch weiterhin eine konstruktive Zusammenarbeit.

Pfarrer Gottfried Hoffmann, Vorsitzender des Ev. Kreiskirchenrates Spandau

Sabine Dunckel, Vertreterin des Ev. Kreiskirchenrates im HÎNBÛN-Beirat

Ein persönlicher Bericht

Seit drei Jahren bin ich im Beirat von HÎNBÛN. Die 10 Beiratsmitglieder treffen sich 4-5 mal die Jahr mit den Mitarbeiterinnen von HÎNBÛN. Wir verstehen uns als Beratungs- und Unterstützungsgremium.

Mir selbst ist während dieser Tätigkeit immer deutlicher geworden, dass die Mitarbeiterinnen von HÎNBÛN konkret und unmittelbar in ihrer alltäglichen Arbeit Menschenrechtsarbeit machen. Sie tun diese Arbeit mit Kraft und Engagement, Gratwanderungen gehend zwischen Ausländerrecht, Asylrecht und der Wahrung der Interessen der ImmigrantInnen und Flüchtlingsfrauen. Interkulturelle Bildungsarbeit – verstanden als antirassistische Arbeit – hat in HÎNBÛN einen großen Stellenwert. Es ist soziale und politische Arbeit, eine Arbeit mit und am Menschen, mit dem Anspruch, dass Menschen – bei aller Verschiedenheit – sich als Gleiche begegnen und respektieren. Wie diese Arbeit konkret aussieht, ist gut in dieser Veröffentlichung nachzulesen.

Eine für mich wesentliche Erfahrung war die Begegnung mit kurdischen Flüchtlingsfrauen, die in Berlin in unterschiedlichen Asylbewerberheimen untergebracht sind. Diese Frauen treffen sich wöchentlich regelmäßig im HÎNBÛN. Es ist häufig der einzige Ort für sie, um unter Gleichen zu sein, mit ihnen und den Mitarbeiterinnen von HÎNBÛN über ihre belastenden und schmerzhaften Erfahrungen in ihrer Heimat zu sprechen und sich über ihren schwierigen Alltag in Berlin auszutauschen.

Wir haben mit diesen Frauen und ihren Kindern einen Dampferausflug mit Picknick gemacht und viel miteinander geredet – einige können gut oder etwas deutsch und Aso A. hat viel gedolmetscht. Wie unterstützend für diese Frauen die Treffen in HÎNBÛN sind, wurde deutlich. Und auch was die Hilfe für sie bedeutet, die sie durch die Mitarbeiterinnen bekommen, wenn es um Ämtergänge, Kindergartenplätze, Deutschkurse und andere Notwendigkeiten geht.

Bei einem Wochenendseminar in Glienicke mit den kurdischen Flüchtlingsfrauen war der von ihnen alltäglich erlebte Rassismus ein Thema. Sie berichteten von Situationen in der Straßenbahn, wo - ein Beispiel - der Fahrer an der von ihnen gewünschten Haltestelle nicht hält, sich - ein anderes Beispiel - nicht einmischt, als sie um Hilfe bitten, weil sie von Fahrgästen angepöbelt wurden. Diskriminierende Erfahrungen, die ich als Angehörige der Mehrheitskultur - weiß, deutsch - nie mache. Ich kann nur versuchen, mich immer wieder einzufühlen in Menschen, die aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihres Aussehens in diesem unserem Lande diskriminiert und bedroht werden.

Auf dem Wochenendseminar in Glienicke erprobten wir, wie in solchen Situationen zu handeln sei. "Dann schimpft und empört Euch auf kurdisch", ermunterte Verena M. die Flüchtlingsfrauen, die auch von ihrer Sprachlosigkeit in solchen entwürdigenden Situationen erzählten.

Und wir, die Angehörigen der Mehrheitskultur? Warum fällt es uns häufig schwer, uns einzumischen, laut unsere Stimme zu erheben?

Am Abend haben wir gemeinsam getanzt. Später erzählten einige der kurdischen Frauen von sich: Leidvolle Erfahrungen, Geschichten voll Schmerz und Traurigkeit; spürbar die große Sehnsucht nach 'zu Hause sein' und Frieden.

Auf der Heimfahrt sprachen Verena M. und ich über das Erlebte, unsere Gefühle dabei. Auch: wie gehen wir mit unseren Privilegien um? Und – übereinstimmend - zum Schluß: ein Segen, daß es die HÎNBÛN-Frauen gibt.

Prof. Dr. Christine Holzkamp, Beiratsmitglied

KurdInnen in Kurdistan

Die folgenden Seiten haben weder den Anspruch eine kurdische Geschichte noch eine deutsch-kurdische Migrationsgeschichte zu liefern. Vielmehr sind dies notwendige Informationen, die zum Verständnis der fast 20 jährigen Arbeit von HÎNBÛN beitragen sollen.

Kurzer Einblick in die kurdische Geschichte

Die Zahl der KurdInnen wird insgesamt auf 25 - 35 Mio. geschätzt. Das relativ geschlossene Siedlungsgebiet, in dem sie leben, ist etwa so groß wie Schweden und aufgeteilt zwischen den vier Nationalstaaten Türkei, Iran, Irak und Syrien. Auch in den ehemaligen Sowjetrepubliken, sowie in Libanon und Israel gibt es kleine kurdische Enklaven. Die anhaltende Kriegssituation in Kurdistan hat in den letzten Jahrzehnten eine beachtliche Zahl von KurdInnen in die Diaspora verschlagen, etwa ein Drittel ist verteilt vor allem auf die westeuropäischen Länder.



Kurdistan als zusammenhängendes Gebiet (siehe Karte) reicht im Westen bis zu der syrischen Stadt Afrin, im Nordosten bis zur armenischen Grenze, im Osten bis zum Urmia-See und der Stadt Hamadan in Iran. Im Nordenwesten erstreckt sich das Land bis zu den Städten Kars und Sivas in der Türkei und im Süden bis nach Khanakem (Khanaqin) im Irak. Geographische Eckpunkte sind das Ararat-Hochland, der östliche Taurus, das nördliche Zagrosgebirge sowie die östliche und nordöstliche Bergregion des mesopotamischen Tieflandes am Tigris.

Es wird davon ausgegangen, dass sich die Geschichte des kurdischen Volkes in seinem heutigen Siedlungsgebiet bis etwa 2000 vor Christus zurückverfolgen lässt. Der Legende zufolge beginnt die kurdische Zeitrechnung 612 vor Christus, als der Schmied Kawa den Tyrannen Dahak erschlägt und das kurdische Volk befreit:

Eine alte Legende erzählt von dem grausamen Tyrannen Dahak, der in grauer Vorzeit das Land Sharazur beherrschte. Aus seinen beiden Schultern wuchsen böse Schlangen. Der grausame Dahak fütterte die Schlangen mit den Gehirnen junger Männer, da er befürchtete, dass die Schlangen sonst sein Gehirn fressen würden. Jeden Tag mussten zwei junge Männer des Volkes getötet werden, um Dahaks Schlangen zu füttern. Alle hatten große Angst um die männlichen Nachkommen und das Volk konnte die Grausamkeiten Dahaks nicht mehr ertragen. Der Schmied Kawa rief das Volk zum Aufstand auf. Am 21. März marschierte das Volk unter seiner Führung mit brennenden Fackeln zum Schloss des Tyrannen, machte es dem Erdboden gleich und tötete ihn und die Schlangen.

Seither feiern die KurdInnen jedes Jahr am 21. März NEWROZ, das Neujahrs- und Widerstandsfest, als Symbol ihrer Befreiung und gegen Unterdrückung. NEWROZ bedeutet in der deutschen Sprache "neuer Tag".

Dieser Zeitpunkt der "Befreiung" stimmt mit einer weniger mythologischen Begebenheit in der Geschichte überein. Im 7. Jahrhundert v. Chr. schlossen sich die Gebirgsvölker von Medya unter der Führung von Uyaxares zusammen und besiegten 612 v. Chr. in der Schlacht von Ninive das mächtige assyrische Heer. Im gleichen Jahr verkündeten sie das Reich der Meder. Nach bisherigem Forschungsstand und aufgrund von Ausgrabungen werden die KurdInnen als Nachfahren der Meder gesehen. Doch wird dies von einigen Wissenschaftlern in Frage gestellt.

Einen ersten konkreteren Verweis auf die Kurden gibt es bei Herodot, einem griechischer Geschichtsschreiber (484-425 v. Chr.). Eindeutiger jedoch werden die Kurden bei einem anderen griechischen Geschichtsschreiber erwähnt. Xenophon schildert in seiner Anabasis (401 v. Chr.) von der Begegnung mit den Karduchen, die in dem heutigen kurdischen Siedlungsgebiet lebten.

Die Geschichte der KurdInnen ist gekennzeichnet durch den permanenten Widerstand gegen fremde Eroberer. Eroberungen erfolgten durch die Sassaniten, Griechen, Araber, Perser, Byzantiner, die Mongolen und schließlich die Osmanen. Die arabischen Invasoren haben Kurdistan während ihrer Herrschaft ab dem 7. Jahrhundert bis zum 9. Jahrhundert unter massivem Druck islamisiert, so dass der Islam bis heute das prägendste Element für die Traditionen und Lebensweisen der KurdInnen ist.

In der islamischen Religion gibt es u.a. die Spaltung zwischen Aleviten und Sunniten. Die alevitische Konfession, die damals dem persischen Schiismus nahestand, herrscht in den Gegenden vor, die an das Siedlungsgebiet der sunnitischen Türkei grenzen - die sunnitische Konfession dagegen herrscht unter den KurdInnen vor, die in der Nachbarschaft zu den schiitischen Persern leben. Dies ist kein Zufall, sondern ein Ergebnis des Misstrauens und der Abgrenzung der KurdInnen zum jeweiligen Nachbarn, die sich immer wieder zu Ungunsten der KurdInnen auszudehnen versuchten. So bekannten sich die KurdInnen jeweils zu der Konfession, die vom Nachbarn heftig bekämpft wurde.

Die beiden großen Reiche, die die nahöstliche Region beherrschten, haben stets verstanden, das Argument der religiösen Zusammengehörigkeit geschickt einzusetzen, wenn es um die Unterstützung der Kurden ging. Als das Osmanische Reich beispielsweise im 16. Jahrhundert Feldzüge gegen das Persische Reich führte, gelang es ihm auf diese Weise, die Unterstützung der Mehrheit der sunnitischen KurdInnen gegen die schiitischen Perser zu gewinnen. Umgekehrt hatte die alevitische Mehrheit der KurdInnen die Perser unterstützt. Dieser Krieg um die Vorherrschaft, der zwischen dem Osmanischen Reich und der Persischen Großmacht auf dem Siedlungsgebiet der KurdInnen geführt wurde, führte im Jahre 1639 zur Teilung der kurdischen Gebiete zwischen beiden Reichen. Trotz der Besetzung hatten die kurdischen Fürstentümer ihre innere Autonomie zwei Jahrhunderte lang bewahren können. Nach der Teilung der kurdischen Gebiete betrieben beide Reiche eine zunehmende Zentralisierungspolitik, der die kurdischen Fürstentümer - eines nach dem anderen - zum Opfer fielen. Das letzte Fürstentum Botan wurde 1840 durch die Osmanen zerstört.

Mit dem Zusammenbruch ihrer Fürstentümer verloren die KurdInnen ihre Eigenständigkeit, ihre Freiheit und ihren Wohlstand. Der Widerstand der KurdInnen setzte sich fort, aber keiner der zahlreichen Aufstände des 19. Jh. führte zum Erfolg.

Im Jahre 1880, im Aufstand von Ubeydulla, der letzten bedeutenden kurdischen Revolte des 19. Jahrhunderts, manifestierte sich die erste politisch bedeutende Unabhängigkeitsbewegung der KurdInnen. Dieser Aufstand wurde aber vom Persischen und Osmanischen Reich gemeinsam bekämpft und niedergeschlagen. Nach der Machtübernahme der Jungtürken (1908), die von den kurdischen Führern einige Zeit unterstützt worden waren, bildeten sich in vielen Gebieten des Osmanischen Reiches Komitees verschiedener Ethnien. In dem relativ liberalen Klima gründeten auch führende kurdische Persönlichkeiten die ersten Vereinigungen, so wie die Vereinigung für Wiedererstehen und Fortschritt Kurdistan (Taali ve Terakii Kurdistan). Diese publizierte die erste legale kurdische Zeitung. Wenn auch in türkischer Sprache diente die Zeitung als Diskussionsforum über Sprache, Kultur und nationale kurdische Einheit.

Eine weitere Vereinigung, die fast zeitgleich entstand war ein kurdisches Komitee für Volksbildung. Diese vereinte kurdische Intellektuelle und Patrioten jeglicher Gesinnung in der Emigration. Die wichtigsten Aktionen dieser Organisation waren die Gründung einer ersten kurdischen Schule und die Herausgabe einer kurdischsprachigen Zeitung, die den Namen "Hetawe Kurd" (Kurdische Sonne) trug.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges führte im gesamten Nahen Osten zu einem Wandel. Mit dem Niedergang des Osmanischen Reichs kristallisierte sich eine politische Lage heraus, die bis heute die Region beherrscht und das Schicksal des kurdischen Volkes wesentlich prägt, da sie zur Errichtung der Nationalstaaten Türkei, Syrien, Irak und Libanon führte. Nach seinem Zusammenbruch gerieten weite Gebiete unter die Verwaltung europäischer Mächte. Das spätere Syrien wurde französisches und der spätere Irak englisches Mandatsgebiet. Großbritannien brachte Südkurdistan (Irak) unter seine Kontrolle, um an das Erdöl von Mossul und Kirkuk zu gelangen. Die Türken versuchten, mit kurdischer Hilfe das Gebiet zurückzuerobern. Aus dieser Zeit stammen die auffälligen - teils wie mit dem Lineal gezogen - Grenzen in der Region, wobei die ethnische Zusammensetzung der ansässigen Bevölkerung nicht berücksichtigt wurde.

Im folgenden wird nun die historisch-politische Entwicklung für die KurdInnen in den Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien dargestellt.

Türkei

Nach dem Ersten Weltkrieg hatte die kapitulierende osmanische Regierung den KurdInnen im Vertrag von Sévres (1920) eine Teilautonomie zugestehen müssen - dies sollte im Falle einer entsprechenden Volksabstimmung in eine Unabhängigkeit umgewandelt werden. Doch wurden diese Versprechungen drei Jahre später im Vertrag von Lausanne (1923) revidiert und das kurdische Volk nicht mehr erwähnt. Die neugegründete Türkische Republik, die nach dem französischen Staatsmodell ausgerichtet war, in dem Staat und Nation identisch sind, erkannte keine nationalen Minderheiten an. In den Artikeln 39-45 des Lausanner Vertrages verpflichtete sich die Türkei zwar, Minderheiten gewisse kulturelle Rechte einzuräumen, wie etwa den Gebrauch der eigenen Sprache oder die Möglichkeit, eigene Zeitungen und Zeitschriften herauszugeben. Doch wurden nur 'Nicht-Muslime' wie Griechen und Armenier als Minderheiten begriffen, nicht aber die Kurden. Beteiligt an der Gestaltung des Vertrags von Lausanne waren Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Rumänien, Griechenland und Jugoslawien; die Minderheiten selbst waren ausgeschlossen. Die im Lausanner Vertrag festgelegten Grenzen, die Kurdistan unter vier neu zu gründende Staaten (Iran, Irak, Syrien und Türkei) teilten, fanden internationale Anerkennung.

Dabei hatte der Vertreter der türkischen Delegation, Ismet İnönü, auf der Lausanner Konferenz gesagt, die Türkei sei das Heim zweier völlig gleichberechtigter Nationen, der Kurden und der Türken. Diese Aussage ist insofern nicht überraschend, da der türkische Staat versuchte, mit kurdischer Hilfe das Erdölgebiet von Kirkuk und Mossul zu gewinnen. Aber in der Mossul-Frage gaben die Engländer nicht auf. Sie einigten sich mit den Franzosen und Amerikanern bei der Beteiligung am Ölgeschäft, um ihre Position zu stärken.

Nach Abschluss des Vertrages von Lausanne nahmen die türkischen Machthaber unter der Führung von General Mustafa Kemal Atatürk keine Rücksicht mehr auf kurdische Interessen. Im allgemeinen Sprachgebrauch wurden die KurdInnen nur noch als 'Bergtürken' bezeichnet. Bei den Neuwahlen zur Nationalversammlung 1924 wurden die ehemaligen kurdischen Abgeordneten und Kandidaten verhaftet. Zahlreiche kurdische Vertreter und führende Persönlichkeiten wurden ermordet, kurdische Schulen geschlossen und Zeitschriften verboten.

Gegen diese brutale Unterdrückung gab es 1925 einen großen Aufstand im Gebiet von Diyarbakir unter Führung des Geistlichen Scheich Said. Der Aufstand breitete sich schnell aus und umfasste die nordkurdischen Provinzen Bitlis, Harput, Van und Erzurum. Die türkische Regierung ordnete eine Generalmobilmachung an und bekämpfte mit 80.000 gut ausgerüsteten Soldaten die kurdische Freiheitsbewegung. Trotz der Übermacht der türkischen Armee konnte dieser Aufstand nur mit Hilfe der Franzosen niedergeschlagen werden. Die Franzosen hatten die Bahnlinien für den Truppentransport den türkischen Truppen zur Verfügung gestellt, wodurch die Kurden von zwei Fronten aus angegriffen werden konnten. Nach einem fast einjährigen Kampf brach der Widerstand zusammen.

Die türkischen Behörden hatten für die baldige 'Lösung der Kurdenfrage' Massenhinrichtungen durchgeführt und Deportationen angeordnet. Zwischen 1925 und 1928 sollen ca. 1 Mio. Menschen in die Westtürkei verschleppt worden sein. Gegen diese staatliche Brutalität regte sich erneut der Widerstand der Kurden. Das regionale Zentrum für diese Widerstandsbewegung wurde Ararat, geleitet wurde sie von dem kurdischen General

Nur Ihsan Pasa. Die Kampfhandlungen begannen 1928 und setzten sich bis 1930 fort. Am 12. Juli 1930 kam es zu einer entscheidenden Schlacht, aus der die KurdInnen als eindeutige Sieger hervorgingen.

Nach dieser Niederlage des türkischen Militärs wurde wiederum die Generalmobilmachung verkündet. Als Vergeltung für die verlorene Schlacht wurde die kurdische Zivilbevölkerung durch Flugzeuge und Kanonen unter Beschuss genommen. In einer Vereinbarung zwischen der Türkei und dem Iran wurde der türkischen Armee gestattet, den iranischen Boden zu benutzen, um Ararat, das Hauptquartier der KurdInnen, zu belagern. Diese Vereinbarung wurde am 23. Januar 1932 vertraglich festgelegt. Der Türkei wurden Gebiete des Iran östlich des Ararats zugesprochen, um einen weiteren Nachschub für die KurdInnen zu verhindern. Der Iran erhielt einige Gebiete der Provinz Van. Aufgrund der Zusammenarbeit der Türkei mit dem Iran konnte der kurdische Widerstand gebrochen werden.

Die Appelle der Kurden an den Völkerbund und an westliche Staaten stießen auf keinerlei Aufmerksamkeit. Um die kurdische Freiheitsbewegung zu vernichten, machte die türkische Regierung weiterhin Gebrauch von modernen Vernichtungswaffen. Kurdische Dörfer wurden zerstört und die Bevölkerung massakriert. Diese gewaltsamen Unterdrückungsmaßnahmen des türkischen Staates setzten sich ununterbrochen fort. Am 14. Juni 1934 wurde ein Gesetz verabschiedet, das am 21. Juni 1934 im amtlichen Nachrichtenblatt mit folgendem Inhalt veröffentlicht wurde:

"Um die türkische Kultur zu verbreiten, wird die Regierung das o.g. Gesetz nach bestimmten Punkten verwirklichen. Dazu hat das Innenministerium die Türkei in drei Regionen aufgeteilt.

1. Die Regionen, in denen die türkische Kultur in der Bevölkerung sehr stark verankert ist.

2. Die Regionen, wo die Bevölkerung anzusiedeln ist, die zu türkisieren ist (das sind Gebiete im Westen, besonders am Mittelmeer, der Ägäis, dem Marmarameer und Thrakien.)

3. Die Regionen, die aus gesundheitlichen, ökonomischen, kulturellen, militärischen und sicherheitstechnischen Gründen entvölkert werden müssen, in denen sich niemand mehr ansiedeln darf (das sind Agri, Sason, Dersim, Van, Kars, der südliche Teil von Diyarbakir, Bingöl, Bitis und Mus)".

Um dieses Gesetz in die Praxis umzusetzen, wurde Dersim von der türkischen Armee belagert. Dersim ist ein schwer zugängliches gebirgiges Gebiet, das bis dahin von keiner Fremdherrschaft kontrolliert werden konnte. Dersim hatte sich erfolgreich vom Ersten Weltkrieg ferngehalten und hatte während der Massaker an den Armeniern 360.000 Menschen Asyl gewährt. Daher war Dersim ein Dorn in den Augen der türkischen Machthaber. Mustafa Kemal Atatürk äußerte sich vor der Nationalversammlung 1936 folgendermaßen:

"Das wichtigste Problem für unsere Innenpolitik ist das Problem von Dersim, und deshalb, um dieses Geschwür zu entwurzeln, das als Hindernis in unserem Weg steht, und um es zu erleichtern, schnelle Entscheidungen zu treffen, wäre es nötig, der Regierung absolute Vollmacht einzuräumen."

Es versteht sich von selbst, was für Mustafa Kemal ein Geschwür ist und welche Maßnahmen mit der absoluten Vollmacht verbunden waren. Die KurdInnen sandten im November 1937 ein Memorandum an der Völkerbund, aus dem folgendes hervorgeht:

"Die kurdischen Schulen sind geschlossen, die kurdische Sprache ist verboten. Die Wörter Kurde und Kurdistan sind aus den wissenschaftlichen Büchern entfernt worden, jede bestialische Art wird angewendet, um die Kurden einschließlich Frauen und Mädchen zur Zwangsarbeit nach Anatolien zu bringen. Die Kurden werden in türkische Gebiete umgesiedelt, sie sollen nirgendwo mehr als 5 % ausmachen."

1937 kam es erneut zu Kampfhandlungen. Die türkische Armee hatte für ihren Sieg große Verluste hinnehmen müssen. Um das auszugleichen, wurde blinde Rache an der Bevölkerung verübt. Mit Giftgas und Rauch wurden Höhlen, in denen Frauen und Kinder vor den türkischen Bomben Schutz gesucht hatten, ausgeräuchert und vermauert. Bei den Auseinandersetzungen wurden mehr als 50.000 KurdInnen ermordet und der Rest der Bevölkerung (ca. 100.000) gewaltsam aus Dersim in die Westtürkei deportiert.

Nach der blutigen Niederschlagung dieses letzten großen Aufstandes herrschte in der Türkei bis 1960 Friedhofsruhe. Erst nach 1961 und besonders in den Jahren 1974-1978 konnte sich die kurdische Bewegung in der Türkei neu formieren. Ab 1974 erschienen kurdische Veröffentlichungen und die "Kurdenfrage" wurde zum ersten Mal seit 1937 wieder diskutiert. Allerdings waren die beteiligten Personen weiterhin von zahlreichen Verfolgungsmaßnahmen bedroht. Der Ausnahmezustand 1979 und der Militärputsch 1980 beendeten diese Phase der "Lockerung". Selbst der mündliche Gebrauch der kurdischen Sprache im Privatbereich wurde zur Straftat. In dieser Zeit wurden Tausende von KurdInnen verhaftet und gefoltert.

Die Gründung der Kurdischen Arbeiterpartei PKK 1978 kann als Reaktion auf diese Ereignisse gesehen werden. Seit 1984 bis zur Festnahme des PKK-Chefs Abdullah Öcalan 1998 in Rom fand ein erbitterter Krieg zwischen der PKK und dem türkischen Militär statt. Tausende von Menschen auf beiden Seiten mussten in den 14 Jahren ihr Leben lassen. Die türkische Führung versuchte immer wieder den kurdischen Widerstand durch verschärfte Repressionen und durch den Einsatz angeworbener oder zur Kollaboration erpresster "Dorfschützer" zu brechen. Das türkische Militär leitete Großoffensiven ein mit dem Ziel, die PKK zu besiegen. Dabei scheute sie auch nicht davor zurück, in Nachbarländer wie den Irak einzudringen. In den vergangenen Jahren ist das türkische Militär mehrmals mit 30.000 - 50.000 bis in irakisches Territorium vorgestoßen. Mehr als 3.500 kurdische Dörfer und Siedlungen wurden dem Erdboden gleich gemacht und Millionen von KurdInnen nicht nur zur Flucht in die Metropolen wie Istanbul und Diyarbakir getrieben, wo sie in Elendsvierteln überleben müssen, sondern auch ins Exil nach Europa.

Alle Versuche, das sogenannte „Kurdenproblem“ friedlich und auf politischem Wege zu lösen, wurden von der türkischen Regierung zunichte gemacht. So wurde z.B. die prokurdische Demokratische Partei DEP verboten und die gewählten Parlamentarier ihrer Immunität enthoben und festgenommen. Der Staatsanwalt beim Staatssicherheitsgericht verlangte für sie die Todesstrafe, weil sie in der Öffentlichkeit die kurdischen Farben gezeigt und sich für eine friedliche Lösung des Konfliktes eingesetzt hatten. Eine von diesen DEP

Abgeordneten ist Leyla Zana, die derzeit eine 15 jährige Haftstrafe verbüßen muss. Sie wurde zwischenzeitlich mit mehreren Friedenspreisen ausgezeichnet, so mit dem Aachener Friedenspreis und dem Sacharow-Preis. Allerdings konnten auch diese Auszeichnungen ihre Entlassung nicht bewirken. Nach wie vor gilt jegliche Äußerung über die Situation der KurdInnen in der Türkei als Straftat und wird mit dem Vorwurf des Separatismus hart verfolgt.

"Ich liebe das Leben. Aber meine Sehnsucht nach Gerechtigkeit für mein Volk, das im Kampf um Würde und Freiheit leidet, ist größer. Ich werde mich der türkischen Inquisition nicht beugen."

(Leyla Zana nach ihrer Verurteilung zu 15 Jahren Gefängnis)

Seit der Entführung des PKK-Chefs Abdullah Öcalan hat sich eine Wende in der türkischen Kurdenpolitik angekündigt. In welche Richtung diese gehen könnte, vermag keiner so richtig einzuschätzen. Zwar gibt eine kleine progressive Gruppe, die im Rahmen einer generellen Demokratisierung der Türkei nach einer friedlichen Lösung ruft, aber der jüngste Wahlsieg der ultranationalistischen Partei MHP deutet in die entgegengesetzte Richtung.

Iran

Während und nach dem Zweiten Weltkrieg hatten sich demokratische Parteien in allen Teilen Kurdistans herausgebildet und erneut den Kampf für die Autonomie aufgenommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg herrschten günstige Bedingungen und mit der Unterstützung der Roten Armee konnte am 22. Januar 1946 die erste kurdische Republik der Geschichte gegründet werden.

Die Gründung der Republik Mahabad in Ostkurdistan war für die KurdInnen ein bedeutendes Ereignis, konnte sich aber nicht lange halten. Trotz der Organisation einer Partisanenarmee gelang es dieser jungen Republik nicht, sich gegen Aggressoren zu verteidigen. Sobald die sowjetische Armee sich aus diesem Gebiet zurückgezogen hatte, überfiel der Iran mit Hilfe von England und den USA die kurdische Republik Mahabad und zerstörte sie. Die führenden Kräfte der Republik und auch ein großer Teil der Bevölkerung wurden ermordet. In den darauf folgenden Jahren erfolgten zahlreiche Aufstände, die alle niedergeschlagen wurden.

Auch der Sturz des Schahs Reza Pahlawi 1979 brachte den KurdInnen keine Wende in ihrem Bestreben nach Anerkennung. Khomeini hatte den KurdInnen zunächst ihr Recht auf kulturelle und politische Autonomie zugesichert, aber nach dem Ende der Revolution brach er dieses Versprechen. Nach dem "Kurdischen Frühling" begann ein Aufstand unter der Führung von Abdelrahman Ghassemlou, der von Khomeini 1985 blutig niedergeschlagen wurde. Auch der erste Golfkrieg von 1980-1988, der zum Teil in den kurdischen Regionen stattfand, forderte Zehntausende von Opfern, vor allem unter der Zivilbevölkerung. Nach dem zweiten Golfkrieg 1991 flohen zahlreiche KurdInnen aus dem Irak in den Iran, der im Gegensatz zur Türkei seine Grenzen für die Flüchtlinge öffnete.

Heute herrscht im Iran ein totalitäres Mullah-Regime, unter dem die KurdInnen keinerlei Spielräume zur Entfaltung eigener Möglichkeiten haben. Die Repressionen reichen durch geheimdienstliche Aktivitäten des Irans bis hin zur Verfolgung von Exil-KurdInnen. Wie beispielsweise der "Mykonos-Prozess" 1997 in Berlin gezeigt hat, ging die Ermordung von vier kurdischen Exilpolitikern direkt von der iranischen Regierung aus.

Irak

Die KurdInnen im Irak sprachen sich 1925 bei einer Abstimmung eindeutig gegen den Vertrag von Lausanne aus. Die von ihnen geforderte Unabhängigkeit wurde insbesondere von den Briten, der Mandatsmacht der Region, verweigert, da diese für sich selbst den Zugriff auf die Erdölvorkommen sichern wollten. Da der Irak - im Gegensatz zur Türkei - unter der Kontrolle des Völkerbundes stand, wurde den KurdInnen Recht zugestanden, ihre Sprache zu sprechen, kurdisch zu unterrichten und zu publizieren.

Dennoch kam es zu zahlreichen Kurdenaufständen sowohl im Königreich Irak (bis 1958) als auch in der darauffolgenden Republik. Diese zählen zu den wichtigsten in der Geschichte der kurdischen Nationalbewegung. Eine zentrale Rolle hatten dabei die Führer der Barzani-KurdInnen inne, insbesondere Mulla Mustafa Barzani, der ein großes Stammesbündnis schaffen konnte und die Demokratische Partei Kurdistans (KDP) gründete. Es kam zu Aufständen 1931/32 und 1943/45. 1945 musste Barzani mit seinen Kämpfern in den Iran flüchten, wo er sich als Verteidigungsminister an der Regierung der "Republik von Kurdistan" in Mahabad beteiligte. Als 1958 die Monarchie in Irak gestürzt und die Republik ausgerufen wurde, genossen die Kurden für kurze Zeit kulturelle Rechte. Damit hatte zum ersten Mal ein Staat, der einen Teil Kurdistans beherrscht, die Kurden als eigenständige Volksgruppe offiziell anerkannt. Doch aus der Republik wurde bald eine Militärdiktatur und die zugestandenen Rechte wurden zurückgenommen. Die 60iger Jahre hindurch (1961/62, 1963, 1965/66, 1969) folgten kriegerische Auseinandersetzungen.

Diese Gefechte stellten eine der wichtigsten Etappen der kurdischen Nationalbewegung dar. Dadurch wurde versucht, eine Autonomie innerhalb der bestehenden Staatsgrenzen durchzusetzen. 1970 unterschrieben die KDP und die irakische Baath-Partei ein Friedensabkommen; die Kurden erhielten fünf Ministerposten und stellten die Gouverneure ihrer Provinzen. Nach einer Übergangszeit von vier Jahren sollte die Autonomie für Kurdistan in Kraft treten. Doch entpuppte sich dieses Abkommen schon bald als Farce: die Minister hatten keinerlei Machtbefugnisse und die undemokratische Baath-Partei setzte ihre Arabisierungspolitik fort. Eine Einigung scheiterte wie auch in der Vergangenheit. Die irakische Führung war nicht wirklich bereit, die Kurden an der Macht zu beteiligen und ihnen die Nutzung des Erdöls von Kirkuk zuzugestehen. Die kurdische Führung war ihrerseits nicht bereit, ihre Peschmerga-Truppen zu demobilisieren. Der 5. Krieg 1974/75 hatte katastrophale Auswirkungen für die KurdInnen: eine von Saddam Hussein verhängte Wirtschaftsblockade beschleunigte den Massenexodus der KurdInnen. Der Iran und der US-Gemeindienst CIA hatten Barzani ihre Unterstützung im Krieg gegen Saddam Hussein zugesagt, doch sobald der Iran seine Interessen mit dem Abkommen von Algier im März 1975 durchgesetzt hatte, ließen sie die kurdischen Bündnispartner fallen.

In den folgenden Jahren regenerierte sich der kurdische Widerstand unter den Parteien KDP, die von Masud Barzani (dem Sohn von Mustafa Barzani) angeführt wurde, und der neu gegründeten PUK (Patriotische Union Kurdistans), die Jalal Talabani unterstand. Beide Parteien unterstützten im ersten Golfkrieg den Iran, wofür sich der Irak 1987/88 mit einer militärischen Offensive und massivem Giftgaseinsatz gegen die Zivilbevölkerung rächte. Diesem Angriff fielen zahlreiche KurdInnen zum Opfer. So wurde am 16. März 1988 die kurdische Stadt Halabджа, die einmal von 70.000 Menschen bewohnt war und nur wenige Kilometer von der iranischen Grenze entfernt liegt, vom irakischen Militär praktisch ausgelöscht. Aus Flugzeugen wurden drei verschiedene Arten von Giftgas abgeworfen. Es gab 5.000 Tote und 7.000 Verletzte, fast ausschließlich Zivilisten, drei Viertel von ihnen waren Frauen und Kinder.

Nach dem Ende des zweiten Golfkrieges kam es im März 1991, ermuntert durch die US-Regierung, zu spontanen Kurdenaufständen, die Anfang April zusammenbrachen und erneut zu einer enormen Fluchtbewegung führten. Einen halben Monat später wurde im Nordirak eine Flugverbotszone eingerichtet, die den Fortbestand der kurdischen Bevölkerung in diesem Gebiet garantieren sollte. Im Mai 1992 fanden in dieser Autonomen Region Kurdistan die ersten freien Wahlen statt. Die PUK und die KDP erhielten dabei jeweils die gleiche Anzahl der Sitze und versuchten zunächst gemeinsam zu regieren. Das gelang aber nur für einen kurzen Zeitraum. Innere Machtkämpfe zwischen beiden Organisationen brachen auf und werden weiterhin je nach eigener Interessenlage vom Iran, Irak oder der Türkei wirtschaftlich und politisch unterstützt bzw. ausgenutzt. Für die kurdische Zivilbevölkerung bedeutet dies zum wiederholten Male Krieg, Flucht und Vertreibung.

Syrien

Die KurdInnen in Syrien machen ca. 10 % der Gesamtbevölkerung aus und leben dort relativ verstreut, nicht wie in den anderen Ländern in einem zusammenhängenden Gebiet. Durch die Grenzziehung zur Türkei entstanden drei kurdische Enklaven: Djezireh, Kurd-Dagh und Ain-El-Arab. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit Syriens (1946) erhielten die KurdInnen zwar keine Rechte als nationale Minderheit, waren aber auch keinen Repressalien ausgesetzt. Bis 1958 gab es mehrere kurdische Zeitungen, einen kurdischen Sender in Damaskus und diverse kurdische Vereinigungen. Als aber 1958 im benachbarten Irak kurdische Aufstände einsetzten und die syrischen KurdInnen die Anerkennung als ethnische Gruppe mit einer eigenständigen Kultur anstrebten, wurde ihnen Komplizenschaft und eine anti-arabische Haltung vorgeworfen. Fast 120.000 KurdInnen wurde die syrische Staatsangehörigkeit und die damit verbundenen Rechte entzogen. Es gab immer wieder anti-kurdische Kampagnen, und es kam zu Enteignungen, bürokratischen Schikanen, Razzien, Beschlagnahmung von kurdischen Texten usw. Nach wie vor ist die Lebenssituation der KurdInnen, die aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit grundsätzlich als Oppositionelle gelten, schwierig. Die repressive Politik äußert sich darin, dass ihre Kultur und Sprache etwa über die Medien, Schulunterricht, Literatur nicht gefördert und die Infrastruktur in kurdischen Gebieten bewusst vernachlässigt wird.

Dass Syrien jahrelang die Kurdische Arbeiterpartei PKK unterstützte, geschah keineswegs aus einer pro-kurdischen Haltung heraus. Für Syrien war die PKK ein Trumpf, den sie gegen die Türkei ausspielen konnte, wenn es um den Streit um die Provinz Hatay sowie um das Euphrat-Wasser ging. Auch die KurdInnen im eigenen Land konnten auf diese Weise ruhiggestellt werden. Sobald die PKK militärisch geschwächt war, entzog Syrien seine Unterstützung und legte auch dem PKK-Chef Abdullah Öcalan nahe, sich woanders eine Bleibe zu suchen. Was zu Öcalans Odyssee durch Europa und seiner anschließenden Entführung vom türkischen Geheimdienst führte.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Politik der Staaten, die Kurdistan unter sich aufgeteilt haben, auf die Vernichtung des kurdischen Volkes abzielt. Die Mittel dazu sind: Vertreibungen und Dorfzerstörungen, das Verbot der kurdischen Sprache und Kultur, wirtschaftliche und administrative Maßnahmen.

Sprache

Kurdisch ist eine iranische Sprache, die der indoeuropäischen Sprachfamilie angehört. Sie hat zwei Hauptdialekte: Nord- und Mittelkurmançî und zwei Nebendialekte: Südkurmançî und die Gorani-Zazayi-Gruppe. Diese wiederum beherbergen viele Mundarten. In fast allen Teilen Kurdistans ist das kurdische höchstens als Alltagssprache zugelassen, als Amtssprache sind die KurdInnen gezwungen sich der offiziellen Sprachen wie Arabisch, Persisch und Türkisch zu bedienen. Die Aufteilung Kurdistans nach dem Ersten Weltkrieg verhinderte mit den Unabhängigkeitsbestrebungen auch die Entwicklung einer kurdischen Hochsprache. Einzig in der ehemaligen Sowjetunion genoss die kurdische Sprache und Kultur Anerkennung und Förderung. Hier erschienen zahlreiche Publikationen in kurdischer Sprache, die sich des kyrillischen Alphabets bedienten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion tendierten die kurdischen Gelehrten zum Gebrauch des lateinischen Alphabets. Während das kyrillische wie auch das arabisch-persische Alphabet den KurdInnen aufgezwungen wurden, hatte der kurdische Gelehrte Mir Celadet Bedir-Xan mit der Zeitschrift "Hawar" 1932 das lateinische Alphabet eingeführt. Dieses setzt sich zunehmend in der kurdischen Diaspora durch.

Religion

Die meisten KurdInnen sind sunnitische Moslems und richten sich nach der Schafi-Tradition (eine der vier islamischen Rechtsschulen). Somit unterscheiden sie sich beispielsweise von den Türken, die der Hanifi-Rechtsschule angehören. Auch gibt es eine Gruppe schiitischer Muslime; der Schiismus ist die offizielle Religion des Iran.

Neben diesen orthodoxen Muslimen gibt es andersgläubige Gruppen wie die Alevi, Kakai, Yezidi etc. Die Yezidi-Religion weist Elemente älterer iranischer Religionen auf und kommt nur bei KurdInnen vor. Obwohl diese Religion auf extreme sunnitische Sekten zurückgeht, ist sie in ihren Grundzügen eher nicht-islamisch. Daher waren die Yezidi stets harter Verfolgung ausgesetzt. Mit den KurdInnen haben auch schon immer christliche und jüdische Gemeinden gelebt. Die Armenier stellten bis zum großen Massaker von 1915, an dem auch die Kurden mitbeteiligt waren, die größte christliche Religionsgemeinschaft in Kurdistan dar.

KurdInnen in Berlin und Bundesrepublik Deutschland

Allgemeine Situation

Die KurdInnen werden in der Bundesrepublik Deutschland als Volksgruppe statistisch nicht erfasst. Sie werden administrativ als Angehörige der Länder subsumiert, aus denen sie kommen, beispielsweise als Türken, Syrer, Iraner, Iraner etc. Schätzungen aber gehen davon aus, dass etwa 600.000 Kurden in Deutschland lebten: ca. 550.000 aus Nordkurdistan, 5.000 aus Südkurdistan, 4000 aus Ostkurdistan, 4000 aus Westkurdistan und ca. 15.000 aus dem Libanon. Allerdings ist davon auszugehen, dass die Anzahl von KurdInnen aus Südkurdistan, die aufgrund der anhaltenden militärischen Auseinandersetzungen fliehen mussten, seit 1994 nochmals angestiegen ist. In Berlin leben nach Schätzungen der Kurdischen Gemeinde zu Berlin ca. 50.000 bis 60.000 KurdInnen.

Die Einwanderung von KurdInnen in die Bundesrepublik Deutschland erfolgte in mehreren Etappen:

Fast 90% der in Deutschland lebenden KurdInnen kommen aus Nordkurdistan. Die meisten kamen Ende der 60 er Jahre als "türkische Gastarbeiter". Bis zum Anwerbestopp 1973 befanden sich unter diesen "türkischen Gastarbeitern" etwa ein Drittel KurdInnen, d.h. ca. 400.000 Personen, vorwiegend Männer. Nach 1973 kam es zu einer zweiten Wanderungswelle, die durch die politische Situation in der Türkei ausgelöst wurde. Die Zeit vor dem Militärputsch 1980 in der Türkei war durch Verhaftungen, Überfälle und Unsicherheit gekennzeichnet. Dies führte dazu, dass viele kurdische Männer verstärkt ihre Ehefrauen und Kinder im Rahmen der Familienzusammenführung in die Bundesrepublik nachholten. Aufgrund der politischen Situation sahen sie für sich keine Möglichkeit, bald wieder in ihre Heimatgebiete zurückzukehren.

Für die ArbeitsmigrantInnen war der Gedanke an eine Rückkehr in die Heimat lange Zeit ein zentraler Faktor für ihre Lebensgestaltung in der Bundesrepublik. In Anbetracht der politischen Verfolgungssituation dort haben sich viele KurdInnen endgültig von dem Gedanken an eine Rückkehr verabschiedet. Auch KurdInnen im Rentenalter, deren Kinder und Enkel meist in der Bundesrepublik geboren und aufgewachsen sind, haben sich mittlerweile auf eine Zukunft in Deutschland eingestellt. Viele haben mittlerweile die deutsche Staatsbürgerschaft erworben.

KurdInnen aus den anderen Teilen Kurdistans kamen zunächst vorwiegend zu Studienzwecken nach Deutschland. Dies änderte sich in den 80er und 90 er Jahren. Angesichts der massiven Unterdrückung in den Herkunftsländern kamen KurdInnen verstärkt als Asylsuchende nach Deutschland und in andere europäische Staaten.

Obwohl die KurdInnen eine der größten Volksgruppen innerhalb der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik bilden, wurden sie von der bundesdeutschen Öffentlichkeit als ethnische Gruppe mit eigenständiger Sprache und kulturellen Besonderheiten lange Zeit nicht wahrgenommen. Die Politik der bisherigen Bundesregierungen in Bezug auf die KurdInnen zeichnete sich nicht nur durch die Negierung der Tatsache aus, dass sich die Bundesrepublik Deutschland zu einem Einwanderungsland entwickelt hat, sondern auch durch die Weigerung die KurdInnen als eigenständige Volksgruppe anzuerkennen. Darauf ist auch zurückzuführen, dass bisher durch offizielle Stellen die sozialen und kulturellen Rechte der KurdInnen kaum Berücksichtigung fanden.

Informationsblätter, Formulare oder auch DolmetscherInnen für die türkische Sprache sind für die muttersprachlichen KurdInnen oft keine Hilfe; entsprechende Übersetzungen für die kurdische Sprache sind kaum vorhanden.

Es gibt kaum Beratungsstellen, Forschungseinrichtungen, soziale- und/oder kulturelle Einrichtungen, die von staatlicher Seite speziell für KurdInnen eingerichtet wurden. Das führte dazu, dass die einheimische deutsche Bevölkerung lange Zeit davon ausging, dass alle Menschen, die aus der Türkei stammten, auch türkisch sprechen. Die sozio-kulturellen Unterschiede zwischen TürkinInnen und KurdInnen wurden kaum wahrgenommen. So kam es beispielsweise immer wieder vor, dass kurdische Kinder in rein türkische Klassen gesteckt wurden, weil sie einen türkischen Pass hatten. Kurdische Kinder, die nur ihre Muttersprache sprachen und die türkische Sprache nicht verstanden, konnten in diesen Klassen dem Unterricht nicht folgen und wurden als lernbehindert eingestuft an Sonderschulen verwiesen. Bis heute gibt es keine muttersprachliche Lehrangebote für kurdische Kinder.

Die türkische Regierung versucht bis heute, Einfluss auf die "Kurdenpolitik" der Bundesrepublik zu nehmen. Kurdische Vornamen für in Deutschland geborene kurdische Kinder wurden von manchen deutschen Standesämtern nicht akzeptiert. Die Standesämter beriefen sich auf eine vom türkischen Konsulat herausgegebene Liste mit türkischen Vornamen, die für Staatsbürger aus der Türkei relevant seien. Aufgrund der massiven Türkisierungspolitik gegenüber KurdInnen, sind auf solchen Listen allerdings keine kurdischen Namen verzeichnet.

KurdInnen in der Wahrnehmung der deutschen Öffentlichkeit

Ereignisse wie der Golfkrieg oder die massive Bekämpfung der PKK durch die türkische Armee prägten Ende der 80 er Anfang der 90 er Jahre die politische Lage der KurdInnen in ihren Herkunftsländern. Jeglicher Ausdruck kurdischer Kultur wie das Feiern des kurdischen Neujahrsfestes NEWROZ wurde verboten oder von der türkischen Bevölkerung als genuin türkische Tradition einverleibt. Die Zivilbevölkerung musste massive Repressalien erleiden, unzählige Dörfer wurden leergeräumt, was die Kurden zur Flucht in die türkischen Metropolen oder nach Europa trieb. Nach dem Anwerbestopp und dem türkischen Militärputsch von 1980 war dies die letzte große Migrationswelle der KurdInnen. Dennoch zwingt auch die andauernde Verfolgungssituation in den kurdischen Gebieten KurdInnen noch immer zur Flucht nach Europa bzw. in die Bundesrepublik.

Bis zum Golfkrieg wusste die Mehrheit der deutschen Bevölkerung aber kaum etwas über die hier lebenden KurdInnen; die Existenz der KurdInnen war höchstens durch Karl Mays Abenteuerbuch „Durchs wilde Kurdistan“ ein Begriff. Erst durch den Golfkrieg sollte es zu einer differenzierten Wahrnehmung der hier lebenden KurdInnen kommen. Als 1988 die furchtbaren Bilder der von Saddam Hussein vergasteten KurdInnen über die Bildschirme flimmerten, lösten sie eine Welle des Mitgefühls in der deutschen Bevölkerung aus. Diese Empathie übertrug sich auch auf die hier lebenden KurdInnen.

Diese 'positive' Welle der Wahrnehmung hielt während des Golfkrieges 1990 an, sollte aber dann von einer 'negativen' abgelöst werden. Durch das Verbot der PKK (Kurdische Arbeiterpartei) sowie aller ihr angeschlossenen Vereine im November 1993 in der Bundesrepublik und durch Anschläge auf türkische Geschäfte, die KurdInnen zugeschrieben wurden, kam es zu einer verbreiteten Perzeption und Zuschreibung von KurdInnen als 'TerroristInnen'. Wurden sie jahrelang überhaupt nicht als eigenständige Volksgruppe wahrgenommen, so prägt bis heute die Vorstellung das Bild, alle KurdInnen seien in der PKK organisiert und damit TerroristInnen.

Besondere Situation von kurdischen Frauen

Die meisten Kurdinnen der ersten Einwanderergeneration kamen nach dem Militärputsch in der Türkei (1980) infolge des Familiennachzuges nach Deutschland, also wesentlich später als ihre Männer. Dabei mussten viele die schmerzvolle Erfahrung machen, dass sich ihre Erwartungen nicht erfüllen würden. Sie waren sich zwar der Tatsache bewusst, dass sie in ein fremdes Land mit einer fremden Sprache gingen, aber auf das Ausmaß an Unterschieden innerhalb der gesellschaftlichen Strukturen waren sie nicht vorbereitet, genausowenig auf die Erfahrung von Isolation und kaum vorhandenen Integrationsangeboten, die ihnen das Leben in der neuen Umgebung hätten erleichtern können.

Für ihre Ehemänner dagegen gestaltete sich das Leben in Deutschland ganz anders. Sie hatten aufgrund ihres längeren Aufenthaltes in der Bundesrepublik und durch ihre Berufstätigkeit bedingte Außenkontakte. Damit waren für sie sowohl Möglichkeiten als auch die Erfordernisse größer, sich der fremden Gesellschaft anzupassen. Nicht nur die unterschiedlichen Lebenserfahrungen, sondern auch Entfremdung durch die jahrelange Trennung vom Ehepartner erschwerten die gegenseitige Annäherung und den Austausch zwischen den Partnern - also, Probleme zu besprechen und gemeinsam Lösungen zu finden. Häufig war aber in der Migration gerade der Ehepartner der einzige Ansprechpartner und Bezugsperson. Durch diese Kommunikationsprobleme konnte viele kurdische Frauen nicht von den Erfahrungen ihrer Ehemänner profitieren.

"Ach, in der Heimat ist es besser, auch als Frau fühle ich mich dort freier. Ich habe keine Angst dort, ich kann dort Besuche machen, spazieren gehen. Aber hier muss man 24 Stunden in der Wohnung bleiben."

(Eine 32 jährige Kurdin)

Ein weiterer Aspekt, der den älteren Kurdinnen, die als Erwachsene emigrierten das Einleben in der neuen Umgebung schwermachte, war der fehlende feste Familienverband. Dieser hatte von ihnen zwar Abhängigkeit, Unterordnung und Anpassung abverlangt, aber gleichzeitig Schutz geboten. Der Großteil dieser Kurdinnen kam aus dörflichen Gegenden, wo die Frau einen festen Platz in der Gesellschaft einnahm. Das tägliche Leben der Frauen in den ländlichen Gebieten Kurdistans spielte sich hauptsächlich in der nachbarschaftlichen Frauengemeinschaft ab, in der gemeinsame Arbeiten verrichtet, Dinge des täglichen Lebens besprochen und Alltagsprobleme gemeinsam gelöst wurden. Diese Frauengemeinschaft gab den Frauen ein hohes Maß an Geborgenheit und emotionaler Sicherheit.

In Deutschland mussten sie sich im Kontext der Normen und Verhaltensweisen einer Industriegesellschaft neu orientieren. Die kurdischen Frauen waren nicht mehr in die dörfliche Nachbarschaft eingebunden, sondern mussten sich z.B. an das anonyme Nebeneinander einer Großstadt gewöhnen, einen Alltag bewältigen, in dem sie oft den ganzen Tag über in Mietwohnungen allein gelassen und auf sich selbst gestellt waren. Andere waren erstmals mit eigenständiger Erwerbsarbeit konfrontiert, die sie dann in der Regel neben ihren häuslichen Aufgaben als Hausfrauen und Mütter ausübten. Doppel- und Dreifachbelastungen reduzierten für diese Frauen die sozialen Kontakte außerhalb der Familie und der Fabrik auf ein Minimum. Die Errungenschaften der modernen Industriegesellschaft wie Strom, fließendes Wasser und der Supermarkt, boten den Frauen zwar ein erheblich höheres Maß an Komfort, verstärkten aber den Rückgang der sozialen Kontakte. Diese Isolation und erzwungene Unselbständigkeit führten teilweise zu schweren Identitätskrisen bei den Betroffenen.

"... hier ist jeder für sich, keiner belästigt den anderen, wie du dich anziehst, wie du lebst - keiner mischt sich ein. Aber in unserem Land ist es anders. Es ist doch besser, dass man in seinem Land, in seinem Kreis von Verwandten und Freunden lebt."

(Eine 35 jährige Kurdin)

Innerhalb der ersten Migrantengeneration gab es aber auch eine kleine Gruppe von Kurdinnen, die zu Studienzwecken nach Deutschland gekommen waren. Deren Migration unterscheidet von denen der anderen Kurdinnen aufgrund der Freiwilligkeit. Nicht selten begegnete die deutsche Bevölkerung diesen mit positiven Vorurteilen. Als "Exoten" wahrgenommen genossen sie eine besondere Aufmerksamkeit, wurden aber selten mit den anderen "dörflichen Kurdinnen" in Zusammenhang gebracht.

Flüchtlingsfrauen

Eine weitere Gruppe von Kurdinnen, die nicht freiwillig nach Deutschland emigrierten, sind die Flüchtlingsfrauen, die in den 90 er Jahren aufgrund politischer Verfolgung nach Deutschland kamen. Nicht selten haben diese Folter und Gewalt am eigenen Leib erlebt. Aufgrund ihrer harten Lebensbedingungen haben sie besonders schwer, sich zu orientieren und in Deutschland Fuß zu fassen.

Diese Flüchtlingsfrauen aus allen Teilen Kurdistans stehen in Deutschland vor hohen Anfangshürden. Vor allem zwei Aspekte prägen ihre schwierige Situation bzw. ihren Alltag:

1. Traumatische Erlebnisse, die zu ihrer Flucht geführt bzw. die sie während der Flucht gemacht haben und die sie verarbeiten müssen
2. Eine immer restriktiver werdende Asylgesetzgebung in der Bundesrepublik .

Sie mussten ihre Heimatländer verlassen, weil sie von Bürgerkrieg, Verfolgung und Folter bedroht waren, gleichzeitig müssen sie sich hier in der Bundesrepublik gegen Ablehnung und Diskriminierung auf allen Ebenen wehren. Die Asylverfahren dauern in der Regel Jahre. Während dieser Zeit sind Frauen wie Männer verpflichtet, in Sammelunterkünften zu leben und erhalten nur reduzierte Sozialleistungen, die bis auf ein Taschengeld als Sachleistungen gewährt werden. Sie dürfen nicht arbeiten, ihr Aufenthaltsort ist verbindlich vorgeschrieben, sie erhalten eingeschränkte gesundheitliche Versorgung (nur das unabdingbar Notwendige) und es gibt keinerlei Integrationsangebote wie Sprachkurse oder Ausbildungsmöglichkeiten für sie.

Ich bin schon seit 7 Jahren hier und es ist immer noch nicht endgültig vom Gericht entschieden worden, ob ich bleiben kann oder nicht. Ich hatte keine Möglichkeit die deutsche Sprache zu lernen oder eine Ausbildung zu machen. Wenn ich heute mit 25 Jahren nicht endlich beginnen kann, die Sprache und einen Beruf zu lernen, wann soll ich es dann tun? In Kurdistan waren uns die Hände sowieso gebunden, und wir hatten keine Chance dazu. Warum aber lassen sie es hier, in diesem demokratischen Land, nicht zu, dass wir die deutsche Sprache lernen, wo ich jetzt doch schon so lange hier lebe?

(Eine 25 jährige kurdische Flüchtlingsfrau, 1998)

Frauenspezifische Fluchtgründe werden bisher nicht als Asylgründe anerkannt. Hinzu kommt, dass Kurdinnen oft vollkommen allein gelassen sind und aufgrund spezifischer Tabus während ihrer Anhörung im Asylverfahren nicht über erlebte sexuelle Gewalttaten sprechen können. Mit ihren Traumatisierungen werden sie nicht verstanden und oft alleine gelassen. Nur ganz wenigen Folteropfern gelingt es, Hilfe bei den wenigen existierenden Institutionen einen Therapieplatz zu bekommen und hier psychologische Unterstützung zu erfahren.

Wie die anderen gesagt haben, will auch ich als Kurdin von der deutschen Gesellschaft anerkannt und akzeptiert werden. Ich weiß, dass wir keine Engel sind und Fehler machen, aber man soll sich gegenseitig akzeptieren und voneinander lernen. Ich will, dass dieser Krieg aufhört und wir in Frieden leben können. Also niemand soll glauben, dass wir freiwillig ins Ausland gehen. Auch Deutsche bekommen Sehnsucht nach ihrer Heimat, ihren Freundinnen und Familienangehörigen, wenn sie weggehen müssen. Sobald der Krieg bei uns aufhört, gehe ich wieder zurück. Wenn die Deutschen zu mir sagen, bleib mal bitte hier, werde ich antworten, dass sie uns gerne dort besuchen können, aber ich will wieder zurück.

(Eine 19 jährige kurdische Flüchtlingsfrau, 1998)

Erziehung und Generationswechsel

Bedingt durch die Struktur der kurdischen Gesellschaft obliegt die Erziehung der Kinder traditioneller Weise in erster Linie den Müttern. Sie bringen ihren Kindern die zentralen gesellschaftlichen Normen und Werte wie Respekt vor den Älteren, Anpassung an die Gemeinschaft etc. bei und sind auch die Vermittler der Muttersprache. Doch verliert die Autorität der Mütter in der Migration an Bedeutung. Da die Kinder durch die Schule mehr Kontakte zu Deutschen haben und die deutsche Sprache beherrschen, sind die Mütter häufig auf ihre Hilfe angewiesen z.B. beim Dolmetschen bei Behörden, Ärzten usw. Auch die elterliche Autorität wird nicht mehr bedingungslos anerkannt, da die Kinder und Jugendlichen sehen, dass gleichaltrigen Deutschen größere Freiräume von ihren Eltern zugestanden werden.

Für diese zweite und dritte Generation sieht die Situation natürlich anders aus. Der Großteil dieser Jugendlichen ist in Deutschland geboren und hat seine gesamte Schulbildung in der Bundesrepublik erworben. Von daher haben sie kaum Probleme mit der deutschen Sprache oder ihrem Wissen bezüglich der in der Bundesrepublik vorherrschenden Lebensbedingungen und Gesellschaftsstrukturen. Dennoch haben auch sie mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Ihre Situation wird als "zwischen allen Stühlen" bezeichnet. Für Töchter der ImmigrantInnen stellt sich eine besondere Situation dar: Einerseits haben sie konkrete Vorstellungen über Möglichkeiten, die sich aus dem veränderten Frauenbild in der Bundesrepublik ergeben, andererseits versuchen ihre Eltern ihnen häufig kurdische Norm- und Wertvorstellungen bezüglich des Frauseins zu vermitteln.

Ihre Chancen für eine Berufsausbildung, Studium oder bei der Arbeitsuche sind in vielerlei Hinsicht schlechter, als diese bereits für deutsche Frauen sind. Wie alle MigrantInnen haben sie gegen rassistische Vorurteile und gesellschaftliche Ausgrenzung zu kämpfen; zusätzlich leiden sie unter der pauschalen Zuschreibung, die KurdInnen in die Nähe zu Terroristen setzt. Ihre Zwei- oder gar Dreisprachigkeit und ihre interkulturelle Kompetenz, die sich aus dem alltäglichen Überbrücken von unterschiedlichen Rollenerwartungen und dem direkten Zugang zu positiven und negativen Aspekten verschiedener Welten entwickelt hat, wird bisher selten als Qualifikation anerkannt. Es sei aber darauf hingewiesen, dass es auch sehr viele junge kurdische Frauen gibt, die trotz der zum Teil widrigen Startbedingungen einen hohen Bildungsabschluss haben. Dass die Auseinandersetzung und die Bezugnahme auf Kurdistan eine große Rolle spielt, obwohl die meisten von ihnen sich für ein Leben in Deutschland entschieden haben, zeigt das folgende Gedicht von einer Kurdin in Berlin.

die entzauberung

das Meer war weit weg;
nur ein Strom der Ahnen
fächelte seine Frische
in Richtung aufgesprungener Fersen,
wo Disteln sich festkrallten am Saum
und die Waden in Radierungen verwandelten.

die Sänger waren es,
die die Worte zuerst entdeckten,
ihre Zungen tauchten ein in die Öde,
brachen sie auf,
um wenigstens so vom Blau des Meeres geschmeckt zu haben...

So wuchsen ihren Zungen Federn,
ihr Nachtraum durchlebte ein ganzes Jahr,
rauschendes Meerland kam ihnen entgegen,
und am Morgen war wieder Sommer in der Öde.

Jetzt hinken ihre Kinder mit halbverrosteten Worten
am blauen Meer entlang,
so blau wie einst der Himmel über der Öde;
ihr Schlaf ist tiefdunkel,
ihr Erwachen regt keine Töne mehr.

zonya

Gesundheitsversorgung

Bei Migrantinnen lässt sich generell eine überdurchschnittlich höhere Krankheitsrate feststellen als bei Frauen aus den europäischen Ländern. Häufigere Schwangerschaftskomplikationen verbunden mit einer höheren Fehl- und Totgeburtenrate sowie dreifach höhere Müttersterblichkeit bei ausländischen Frauen und die spätere Feststellung von Behinderungen bei den Kindern. Die Rate der Totgeburten gilt als Indikator für den gesundheitlichen Standard eines Landes. Auch kommen Infektionskrankheiten bei Kindern häufiger vor und der Krankenstand jüngerer Frauen ist höher als bei der deutschen Vergleichsgruppe. Früher und häufiger auftretende chronische Erkrankungen lassen sich bei MigrantInnen ebenso wie erhöhte Raten an Unfällen (Betriebsunfälle, Verkehrsunfälle von Kindern) beobachten. Die Raten von Suiziden und Suizidversuchen junger Frauen sind ebenfalls signifikant höher. Psychische Erkrankungen wie Depressionen, Migräne, Schlaf- und Essstörungen, Angstzustände treten ebenfalls gehäuft bei Migrantinnen auf, wobei eine Verlagerung psychischer Probleme in den somatischen Bereich beobachtet werden kann.

Neben sozialen Ursachen und individuellen Veranlagungen können auch Faktoren, die durch den Prozess der Migration ausgelöst worden sind, belasten und zu Erkrankungen führen. Gesundheitliche Probleme von Migrantinnen allein mit Heimweh oder kulturbedingten Verhaltensweisen zu erklären, wird der tatsächlichen Problematik nicht gerecht. Für den Gesundheitszustand von kurdischen Migrantinnen spielen folgende Faktoren eine zentrale Rolle.

Alltägliche soziale Isolation in Verbindung mit einer fremden, ungewohnten Lebensweise, die u.a. ihr bisheriges Selbstverständnis als Ehefrau und Mutter in Frage stellen und enorme Anpassungsleistungen an die neue Umgebung verlangen. Gesundheitsgefährdende Bedingungen am Arbeitsplatz, da MigrantInnen generell die gesundheitsschädlichsten und schmutzigsten Arbeiten verrichten, spielen ebenso eine Rolle wie enge und schlecht ausgestattete Wohnverhältnisse, die auch eine hohe Unfallrate bei den Kindern, wie Verbrühungen, Verbrennungen oder Vergiftungen zur Folge haben können. Traumatische Gewalterfahrungen in ihren Herkunftsländer und/oder während der Flucht, die nicht verarbeitet werden können, sowie Trennungs- und Verlustserfahrungen können sich negativ auf den Gesundheitszustand auswirken und sind in Verbindung mit den existenziellen Sorgen aufgrund unsicherer Zukunftsperspektiven (abhängig von ihrem Aufenthaltsstatus) und fortgesetzten Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen zu sehen.

Obwohl KurdInnen und andere MigrantInnen bereits mehr als 30 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland leben, sind sie immer noch mit hohen Zugangsbarrieren bei der Inanspruchnahme der Gesundheitsversorgung konfrontiert. Davon sind vor allem Sprachbarrieren, Probleme der soziokulturellen Verständigung sowie unterschiedliche Erwartungs- und Anspruchshaltungen relevant. Nur sehr zögerlich und vereinzelt gibt es wissenschaftliche Untersuchungen, die sich mit dem Gesundheitszustand und der Entwicklung einer adäquaten Gesundheitsversorgung von MigrantInnen beschäftigen. Erst langsam wächst das allgemeine Bewusstsein, dass es kulturell unterschiedliche Gesundheits- und Krankheitskonzepte gibt, die neben sozialen und migrationsspezifischen Aspekten bei der Gesundheitsversorgung und der Anpassung der Versorgungsstrukturen an die kulturelle Vielfalt der Bevölkerung berücksichtigt werden müssen.

"In der Heimat war ich nie krank - hier ich bin oft krank. Jeden zweiten, dritten Tag. Du siehst doch, ich bekomme Haarausfall. Die Luft hier ist irgendwie schwer, bei uns ist es angenehmer. Hier kannst du solange schlafen, wie du willst, aber du bist immer müde. Ich bin eigentlich gar nicht zufrieden mit meinem Leben hier .. als ob die ganze Welt mir böse ist. Ich bin auch oft deprimiert."

(Eine 28 jährige Kurdin)

Zukunftsperspektiven

Weder in der Türkei noch im Irak, Iran oder Syrien sieht es derzeit so aus, als ob sich in absehbarer Zeit stabile demokratische Verhältnisse entwickeln und den KurdInnen zumindest kulturelle Autonomie gewährt würde. Die Rückkehr ins Herkunftsland wird zwar von vielen KurdInnen ersehnt, ist aber aufgrund der fortgesetzten Verfolgung und Unterdrückung kaum zu verwirklichen. Das bedeutet, dass bis auf weiteres KurdInnen in der Bundesrepublik leben und sie mit ihrer kulturellen Eigenständigkeit und ihrer spezifischen Lebenssituation anerkannt werden müssen.

Dies bezieht sich auch auf die staatliche Einrichtung und Unterstützung spezieller sozialer und kultureller Projekte für KurdInnen. Darüberhinaus sollte angestrebt werden, dass KurdInnen wie auch andere Migrantengruppen mit ihren jeweils eigenen Bedürfnissen wahr- und ernstgenommen werden und entsprechend gegen strukturellen und individuellen Rassismus vorgegangen werden muss, mit dem Ziel eines möglichst gleichberechtigten Umgangs aller in Berlin und in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Menschen.

Soziale und interkulturelle Arbeit mit kurdischen Frauen und ihren Familien am Beispiel von HÎNBÛN

Der Name des internationalen Bildungs- und Beratungszentrums "HÎNBÛN" ist ein Wort aus der kurdischen Sprache und bedeutet: "Lernen - Neues erfahren".

HÎNBÛN entstand im Mai 1981 im Rahmen eines dreijährigen Forschungsprojektes zur Analyse der Lebenswelten kurdischer Frauen in Berlin und der Entwicklung von spezifischen Bildungsangeboten für sie.

Das Projekt wurde aus Mitteln des Bundeswissenschaftsministeriums und des Senats damals für Jugend und Familie finanziert. Im Mai 1984 übernahm der Ev. Kirchenkreis Spandau die Trägerschaft für das Projekt, das seitdem durch die Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen finanziert wird. Zur Zeit sind drei Mitarbeiterinnen bei HÎNBÛN beschäftigt. Zusätzlich werden Seminare, Kurse und Vorträge sowie die Kinderbetreuung von qualifizierten Honorarkräften durchgeführt.

Von einer kurdischen zu einer interkulturellen Einrichtung

Nachdem das Forschungsprojekt abgeschlossen war und die Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen die Finanzierung übernommen hatte, lautete der Arbeitsauftrag, einen Treffpunkt für KurdInnen zu organisieren, an dem die Frauen Beratung erhalten und gemeinsame Aktivitäten planen und durchführen können.

Ein Ergebnis des Forschungsprojektes war aber, dass es unter den kurdischen Frauen eine enorm hohe Anzahl von Analphabetinnen gab, die ein großes Bedürfnis zeigten zu lernen. Viele von ihnen haben im Herkunftsland keinerlei Möglichkeit gehabt, eine Schule zu besuchen und mussten die Erfahrung machen, dass ihre eigene Muttersprache Kurdisch offiziell verboten war. Für sie waren auch in Berlin keine adäquaten Angebote vorhanden. Deshalb organisierte HÎNBÛN muttersprachliche Alphabetisierungskurse sowie Deutschkurse. Die Deutschkurse gewannen für die kurdischen Frauen eine besondere Bedeutung, da sie ihre verlorengegangene Selbständigkeit wiedererlangen und auch ihrer Isolation entgetreten wollten.

In der alltäglichen Arbeit von HÎNBÛN stellte sich heraus, dass mehr Angebote nötig waren als nur Sprachkurse. Es gab kaum Kontakte zwischen den ImmigrantInnengruppen und der einheimischen Bevölkerung. Die KurdInnen assoziierten das Fremde und die Fremden aufgrund ihrer Erfahrung in ihrer Heimat häufig automatisch mit Gewalt - diese Erfahrung übertrugen sie oft auch auf Deutschland. Gleichzeitig existierte seitens der deutschen Bevölkerung Desinteresse und Abgrenzungsverhalten gegenüber den zugewanderten NachbarInnen; KurdInnen wurden als solche kaum wahrgenommen.

Durch den Golfkrieg gab es diesbezüglich eine positive Wendung im Verhältnis der KurdInnen und Deutschen. Die Deutschen empfanden Sympathie und Mitleid für die verfolgten KurdInnen und diese wiederum revidierten ihr Bild vom böswilligen Fremden, da sie die Deutschen plötzlich als hilfsbereite Mitmenschen wahrnahmen, die ihre Anliegen solidarisch unterstützten.

Diese positive Ausgangslage ermutigte HÎNBÛN seine Arbeit interkulturell auszurichten, d.h. einen Raum zu schaffen, in dem die unterschiedlichen ethnischen Gruppen in Berlin einander begegnen und sich austauschen zu können. Dies war aus mehreren Gründen ein Wagnis: Zum einen war HÎNBÛN die erste Einrichtung in Berlin, die eine solche Idee der Interkulturalität verwirklichen wollte und insofern nicht auf ähnliche Erfahrung zurückgegriffen werden konnte, zum anderen protestierten einige KurdInnen gegen eine solche Öffnung, da sie befürchteten, den einzigen Ort, an dem sie als KurdInnen spezielle Beratung erfuhren, zu verlieren.

Dennoch begann HÎNBÛN, das Experiment seine Angebote interkulturell auszuweiten und sowohl den MigrantInnen, gleich welcher ethnischer Herkunft, wie auch den deutschen Frauen zu öffnen. Für den Austausch und die Begegnung waren andere Kurse notwendig als Sprachkurse: Kurse wie Gesundheitstraining, Kommunikations- und Kochgruppen, Nähkurse, Töpfern, Seidenmalerei usw. wurden eingeführt. Ziel dieser Kurse war es und ist es nach wie vor neben dem Erlernen von "handwerklichen" Fähigkeiten und Wissensvermittlung das gegenseitige Kennenlernen der Frauen unterschiedlicher Herkunft und damit einhergehend das Praktizieren von Solidarität und Toleranz anzuregen. Gezielt werden in diesen interkulturellen Gruppen zentrale Themen aus dem Alltag der Frauen besprochen und bestehende Gemeinsamkeiten wie Unterschiede herausgearbeitet.

Immer wieder kristallisieren sich in diesen Kursen einzelne Themenschwerpunkte heraus, die dann in Rahmen von Wochen- und Wochenendseminaren bearbeitet werden. In Seminaren wie: "Was trennt uns - was verbindet uns" , "Nationalität und Identität" oder „Integration und Selbstverständnis“ wurden ganz bewusst gegenseitige Erwartungen, Ansprüche und auch Vorurteile zwischen Deutschen und Kurdinnen und anderen MigrantInnen diskutiert. In den Seminaren geht es sowohl darum Differenzen und Gemeinsamkeiten zwischen Immigrantinnen und einheimischen Frauen herauszuarbeiten als auch um die gemeinsame Beschäftigung mit spezifischen Phasen im Leben von Frauen.

Integration beginnt mit dem gegenseitigen
Kennenlernen und dem Verständnis des Anderen,
gleichzeitig ist dabei der gegenseitige Respekt unabdingbar.

Interkulturell aus der Sicht von HÎNBÛN

Im Spannungsfeld zwischen dem, was MigrantInnen und einheimische Deutsche verbindet bzw. was sie voneinander trennt, liegt der Schwerpunkt der interkulturellen Arbeit von HÎNBÛN. Dabei geht es nicht um die aussichtslose Suche nach harmonischer Übereinstimmung und Gleichheit. Auch die Unterschiede werden herauskristallisiert. Nicht allein der Aspekt der Herkunft - kurdisch oder deutsch - spielt dabei eine wichtige Rolle. Geschlecht, Alter, soziale Schicht, gesellschaftspolitische, rechtliche und strukturelle Bedingungen sind bei der Suche nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden ebenfalls von Bedeutung. Der alleinige Blick auf die ethnische Herkunft bedeutet eine Eingrenzung und ignoriert in der Regel auch die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Einheimischen und deren Selbstverständlichkeiten, die meist unhinterfragt und als allgemeingültig vorausgesetzt werden.

So verstandene Interkulturalität zielt auf Gegenseitigkeit ab, auf ein gegenseitiges Geben und Nehmen, das von einer Seite alleine nicht geleistet werden kann. Sie verlangt allen Beteiligten einiges ab, wobei der persönliche und gesellschaftliche Gewinn durch den interkulturellen Austausch nicht zu gering eingeschätzt werden darf. In der praktischen Arbeit hat sich gezeigt, dass interkulturelle Kompetenzen bei den Frauen in unterschiedlicher Ausprägung teilweise bereits vorhanden sind.

Der Prozess der interkulturellen Annäherung allerdings findet nicht automatisch allein durch das unausweichliche Aufeinandertreffen verschiedener Ethnien und Kulturen statt. Die dafür notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten können im Rahmen interkulturellen Lernens entdeckt und gefördert werden. Zu interkulturellem Lernen gehört sowohl die Wissensvermittlung *über* als auch die interessierte Begegnung *mit* und der Austausch *zwischen* Mitgliedern unterschiedlicher Ethnien und Kulturen.

Ziel der Arbeit von HÎNBÛN ist es, den Frauen zu vermitteln, dass viele ihrer Probleme die Probleme aller Frauen sind, egal welcher Herkunft und Nationalität und dass gemeinsame Lösungen gefunden werden können. Frauen sollen sensibilisiert werden, dies zu erkennen und gemeinsames Handeln zu praktizieren. HÎNBÛN möchte so den Anstoß für ein positives Miteinander geben, das sich gegenseitig befruchtet und Konflikte im Miteinander ausspricht, aber auch bei deren Bewältigung unterstützt.

Arbeitsschwerpunkte von HÎNBÛN

Wie aus dem Teil II dieser Broschüre ersichtlich ist, sind kurdische Migrantinnen mit den unterschiedlichsten Problemen konfrontiert. HÎNBÛN versucht seit jeher mit seinen Angeboten da anzusetzen, wo die Betroffenen selbst einen Handlungsbedarf sehen. Durch die begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen ist es jedoch notwendig, Schwerpunkte in der Arbeit zu setzen. Das bedeutet auch, dass die Mitarbeiterinnen müssen damit zurechtkommen, dass die Kapazitäten nicht ausreichen, um auf alle Bedürfnisse angemessen reagieren zu können. Die nachfolgend aufgeführten Arbeitsschwerpunkte haben sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten mit unterschiedlicher Dynamik herausgebildet. Dabei musste HÎNBÛN einen Spagat zwischen kontinuierlichen Angeboten und flexiblem Reagieren auf aktuelle Ereignisse und Entwicklungen bewältigen.

Noch ein Wort zur geschlechtsspezifischen Schwerpunktsetzung. Das Beratungsangebot richtet sich explizit an Frauen und *ihre Familien*. Das bedeutet, dass auch Männer in die Beratung miteinbezogen werden und ggf. für Familienprobleme mit allen Familienmitgliedern gemeinsam Lösungen gesucht werden. Denn auch in der Heimat sind bei diesen Angelegenheiten Männer und Frauen nicht getrennt. Auch zu Kultur- und Informationsveranstaltungen sind Frauen wie Männer eingeladen. Die Bildungsangebote sind dagegen in der Mehrzahl nur für Frauen. In diesem Bereich hat es sich als sinnvoll erwiesen, für Frauen geschlechtsspezifische Angebote zu veranstalten, da sich die Voraussetzungen, die sie mitbringen deutlich von denen der Männer unterscheiden.

Beratung

Die Beratung wird überwiegend von kurdischen Frauen und ihren Familien in Anspruch genommen. Sie wird in der Regel als Gruppenberatung angeboten, wobei die gegenseitige Unterstützung und die Hilfe zur Selbsthilfe gefördert wird. Die Form der Gruppenberatung knüpft auch an die traditionelle Form der Frauengemeinschaft in Kurdistan an. Da die Frauen es aus ihrer Heimat gewohnt sind, ihre Probleme in der Gruppe zu besprechen, kommt es eher selten vor, dass eine Einzelberatung gewünscht wird. Doch sind auch Einzelberatungen auf Wunsch möglich. HÎNBÛN ist für viele

kurdische Frauen und Mädchen die erste Anlaufstelle in Problemsituationen. Neben der praktischen Hilfe in Problemlagen wird versucht, mit den Ratsuchenden gemeinsam Handlungsalternativen zu entwickeln.

Das Beratungsangebot wird zunehmend von Flüchtlingsfrauen in Anspruch genommen, die stark traumatisiert sind und aufgrund ihres Aufenthaltsstatus als Asylbewerberinnen bei der Alltagsbewältigung in Deutschland wenig Unterstützung von staatlicher Seite bekommen. Weder gibt es für sie die Möglichkeit die deutsche Sprache zu erlernen, noch ihre Kinder in Kindertagesstätten unterzubringen. Die Verweigerung einer Arbeitserlaubnis, nur eingeschränkter Zugang zur gesundheitlichen Versorgung und kaum Chancen auf die oft dringend notwendige psychotherapeutische Hilfe, erschweren ihre Lage zusätzlich. Die kurdischen Flüchtlingsfrauen und -familien, kommen mit all diesen Problemen in den HÎNBÛN, wobei ihnen aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen und des engen Finanzrahmens des Projektes nur ansatzweise Hilfe angeboten werden kann.

Die Beratung im HÎNBÛN ist ganzheitlich und ressortübergreifend angelegt. Sie schließt die konkrete Anleitung sowie eine kontinuierliche Unterstützung auf dem Weg zu eigenständigerer Handlungsfähigkeit mit ein. Sprachkompetenz, Kenntnisse der kulturellen Hintergründe und der sozialen Lage sowie die dringend notwendige Vertrauensbasis erst ermöglichen einen angemessenen Zugang zur Lösung migrantinnenspezifischer Probleme. Die Frauen und Mädchen erfahren Absicherung, Rückhalt und psychische Stabilisierung durch die Stärkung ihres Selbstbewusstseins und ihrer Durchsetzungsfähigkeit.

HÎNBÛN nimmt eine Rolle als Mittler zwischen ratsuchenden Frauen, ihren Familien, Behörden sowie gesundheitlichen und pädagogischen Einrichtungen ein. HÎNBÛN versucht so "Löcher" in der Versorgung stopfen und das viel zu weitmaschige soziale Netz auch für MigrantInnen etwas dichter zu knüpfen.

Insgesamt ist zu sagen, dass Frauen mit allen Problemen ihrer Alltagsbewältigung zu HÎNBÛN kommen. Diese Vielfalt lässt sich anhand eines Überblickes über die unterschiedlichen Beratungsschwerpunkte am besten aufzeigen.

Beratungsschwerpunkte

AUSLÄNDERRECHT

- Asyl- und Aufenthaltsrecht
- Arbeitserlaubnis,
- Familiennachzug, Eheschließung
- Einbürgerung
- Rückwanderung in die Bundesrepublik

ARBEIT

- Arbeitssuche, Berufswahl
- Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe
- Arbeitsförderungsansprüche und Fortbildung
- Mutterschutz, Erziehungsurlaub
- Kündigungsschutz
- Sozialversicherung

FRAUEN

- frauenspezifische Beratung für Traumatisierte
- Familienplanung, Schwangerschaftskonflikt
- Unterstützung bei Gewalterfahrung/Misshandlung
- Vermittlung psychotherapeutischer Hilfen

FAMILIE

- familiäre Notlagen
- Pflegefamilien
- Partnerschaftsprobleme, Ehekonflikte,
- Trennung, Scheidung, Unterhalts- und Sorgerechtsregelungen
- Unterhalt, Kindergeld, Erziehungsgeld
- Unterstützung durch die Stiftung "Hilfe für die Familie"
- Vermittlung von Familien- und Erziehungshilfe

WOHNEN

- Wohnungssuche und -bewerbung,
- Wohnberechtigungsschein, Wohngeld
- Wohnungsmängel
- Notunterbringung von Frauen und Mädchen
- Obdachlosigkeit, Wohnungshilfe
- Mietrechtsfragen und Räumungsklagen

ERZIEHUNG UND AUSBILDUNG

- Erziehungsfragen
- Kita-, Hort- und Tagespflegeplätze für Kinder
- Schulschwierigkeiten der Kinder
- Schulwahl, Nachholen von Schulabschlüssen,
- Anerkennung von ausländischen Schulabschlüssen
- Berufsausbildung

FINANZIELLE FRAGEN

- Sozialhilfe u.a. Leistungen nach dem BSHG
- Kredite, Schulden, Rückzahlungsschwierigkeiten
- Versicherungen,
- Verbraucherschutz
- Kündigungen, Widersprüche

Gesundheitsberatung

Innerhalb der Beratung nimmt das Thema Gesundheit einen besonderen Stellenwert ein. Daher wird eine gezielte Gesundheitsberatung und -förderung, aus der alltäglichen Beratungserfahrung einer unzureichenden Versorgungsstruktur, für Migrantinnen angeboten. Die Handlungskompetenz der einzelnen Migrantinnen soll so erweitert und die Zugangsmöglichkeiten zum Gesundheitssystem verbessert werden. Bei der Gesundheitsförderung handelt es sich um Informationsveranstaltungen und Gesprächsgruppen, die bei Bedarf in den Muttersprachen der Teilnehmerinnen durchgeführt werden.

Viele Immigrantinnen bringen nur ein geringes Wissen über ihren Körper und seine Funktionen mit. In ihren Heimatländern wird Gesundheitsaufklärung und Sexualaufklärung in Schulen kaum vermittelt; in Familien ist vor allem letzteres tabuisiert. In Hinblick auf Gespräche mit ÄrztInnen ist die Kommunikation und die Informationsvermittlung daher nicht nur durch Sprachprobleme eingeschränkt. Im HÎNBÛN werden seit Jahren zielgruppenspezifische Gesundheitsbildungsangebote durchgeführt, in denen Immigrantinnen Basiskenntnisse zum Thema Körper, Gesundheit und Krankheit vermittelt werden. Beispielsweise bietet eine Ärztin einmal im Monat eine intensive Gesundheitsberatung an.

So hatte der Kurs "Gesundheit für alle" zum Ziel, die Strukturen des Gesundheitssystems in der Bundesrepublik Deutschland zu vermitteln. Es wurde auch erarbeitet, welche unterschiedlichen kulturellen Konzepte bezogen auf das Verständnis von Gesundheit und Krankheit vorhanden sind. In anderen Kursen lag der Schwerpunkt mehr auf dem Zusammenwirken von Körper und Seele. In diesem Zusammenhang wurden vor allem mit Wahrnehmungsübungen gearbeitet.

Soweit die finanziellen Bedingungen es zulassen, werden Informationsveranstaltungen zu Gesundheitsfragen entsprechend der Nachfrage im Rahmen der Beratungsarbeit angeboten. Die Beratungsschwerpunkte im Bereich von Gesundheit liegen bei folgenden Themen:

- Körperorgane und ihre Funktionen
 - Schwangerschaft, Geburt,
- Gesundheitsvorsorge und -aufklärung
 - Ernährungsfragen
- Suchtprobleme
 - Umgang mit Medikamenten
- Unterstützung in psychischen Krisen
 - psychosomatische Symptome und Erkrankungen
- Gesundheitsschädigung am Arbeitsplatz
 - körperliche und geistige Behinderungen
- Rehabilitation- und Heilverfahren
 - Gesundheitliche Probleme im Alter
- Aufklärung bei Kinderkrankheiten

Bildungsangebote

Da die klassischen Angebote von Trägern der Erwachsenenbildung aufgrund zu hoher Zugangsbarrieren von vielen Migrantinnen nicht genutzt werden konnten, hat HÎNBÛN in Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen und anderen Bildungsträgern spezifische Bildungsangebote für Migrantinnen in seine Räume verlagert.

HÎNBÛN versucht seine Angebote so zu gestalten, dass sie den individuellen Voraussetzungen und Interessen der Frauen gerecht werden. Bei Bedarf wird parallel zu den Kursen eine Kinderbetreuung angeboten, damit auch Mütter Gelegenheit haben, kontinuierlich am Unterricht teilzunehmen. Die Arbeitsmaterialien müssen teilweise neu erstellt werden, da es nur wenig bedarfsgerechtes Material gibt.

Alle Bildungsangebote und interkulturellen Gruppen für Frauen dienen nicht nur der Aneignung von Kompetenzen auf einem speziellen Gebiet, sondern sollen ganzheitlich neue Perspektiven und Lebenswelten für die Teilnehmerinnen erschließen. Sie bieten die Möglichkeit des Austausches über die eigene und die fremde Kultur und regen zu einem Perspektivenwechsel an.

Für die Realisierung der Kursangebote werden u.a. finanzielle Mittel von den Volkshochschulen oder dem Verein für internationale Jugendarbeit akquiriert.

Interkulturelle Gruppen

Das Angebot an interkulturellen Gruppen ist nach wie vor von großer Bedeutung. Diese Gruppen bieten immer wieder konkrete Begegnungsmöglichkeiten für Frauen unterschiedlicher Herkunft und dadurch auch die Gelegenheit gegenseitige Vorurteile abzubauen und Anti-Rassismus-Arbeit zu leisten. In der Gruppe "Reichtum der Kulturen" arbeiten beispielsweise Besucherinnen von HÎNBÛN, Frauen kurdischer und deutscher Herkunft gemeinsam mit kurdischen Flüchtlingsfrauen. Mit verschiedenen Methoden und Medien werden Themen wie „Familiensituation“, „Verarbeitung der Vergangenheit und Entwicklung von Lebensperspektiven“, „Umgang mit Gewalterfahrung“ oder „Leben im Exil“ bearbeitet. Es gibt außerdem für alle Besucherinnen die Möglichkeit an Kursen und Aktivitäten, wie Maskenbau, Folklore, Gesprächsgruppen, gemeinsames Schneiden, Frühstück und Kochen teilzunehmen und somit über den Tellerrand der eigenen Lebenswelt zu blicken.

Seminare

Darüber hinaus werden regelmäßig Wochen- und Wochenendseminare zu verschiedenen Bereichen durchgeführt. Frauen und Mädchen, gelegentlich auch Familien haben so die Möglichkeit, sich intensiv mit unterschiedlichen Themen auseinanderzusetzen. Dieses sind meistens Themen, die sich in den Beratungszeiten als Brennpunkte herauskristallisieren und einer intensiveren Zuwendung und Auseinandersetzung bedürfen, als in der normalen Beratungszeit möglich. HÎNBÛN spricht dann gezielt bestimmte TeilnehmerInnen an, für die das entsprechende Seminar in Frage kommen. Im Gegensatz zu anderen Veranstaltungen und Gruppentreffen werden diese Seminare von Fachkräften angeleitet; den TeilnehmerInnen wird aber genügend Raum für Fragen und Diskussionen eingeräumt. Ziel ist es, das Bewusstsein der Teilnehmerinnen in Bezug auf die immer wiederkehrenden und ihren Alltag prägenden Themen zu schärfen. Themen sind beispielsweise „Selbsterfahrung durch Lebensgeschichte“, „Nationalität und Identität“, „Auswirkung der deutschen Staatsbürgerschaft auf die Familien“, „Bildung und Ausbildung“ etc.

Dass diese Seminare Wirkung erzielen, zeigt sich beispielsweise daran, dass junge Frauen animiert wurden, ihren Schulabschluss nachzuholen. Oder kurdische Ehepaare lernten, sachlich miteinander zu diskutieren, während sie vorher entweder nicht miteinander geredet oder sich vollkommen beleidigt zurückzogen hätten. Durch das Seminar konnten sie sehen, dass eine Sortierung der Probleme notwendig ist. Aber es diskutierten auch Mütter und Töchter ihre teilweise unterschiedlichen Einstellungen miteinander.

Deutschkurse

Seit Beginn bietet HÎNBÛN Deutschkurse an, die von Honorarkräften durchgeführt werden. Die Kurse werden von Frauen unterschiedlicher Herkunft besucht und es gibt verschiedene Lernstufen. Die Deutschkurse sind insofern auf die Bedürfnisse der Teilnehmerinnen ausgerichtet, als sie vor allem Kenntnisse zur praktischen Anwendung im Lebenszusammenhang der Frauen vermitteln, so z.B. Einkauf, Arztbesuche, Berufsalltag, Behörden sowie Kontakt mit den deutschen Nachbarn. Wichtigstes Ziel des Deutschunterrichts ist es, den Frauen Mut zu machen, sich auf Deutsch zu verständigen und sie zu befähigen, ihre Anliegen und Rechte im Umgang mit Behörden, Schulen, Ärzten etc. besser durchzusetzen. Dialoge und Rollenspiele sind dabei besonders hilfreich. Die Lernfortschritte stärken das Selbstwertgefühl der Frauen, und erweitern ihre Handlungsfähigkeit in der deutschen Gesellschaft. Ein ganz spezielles Angebot von HÎNBÛN ist der Kurs "Deutsch für Analphabetinnen", in dem Frauen aus unterschiedlichen Herkunftsländern zunächst am Beispiel von Wörtern und Sätzen aus der deutschen Sprache das lateinische Alphabet und dann kontinuierlich Kenntnisse in der deutschen Sprache vermittelt werden.

Alphabetisierungskurse in kurdischer Sprache

Viele Kurdinnen sind in ihrem Herkunftsland nur einige Jahre oder überhaupt nicht zur Schule gegangen. Deshalb können sie in ihrer Muttersprache nur ansatzweise oder gar nicht lesen und schreiben. In ländlichen Gebieten ist die Rate der AnalphabetInnen sehr hoch. Manche Dörfer haben keine Schule. Die systematischen Dorfzerstörungen in den kurdischen Gebieten vor allem in der Türkei führten ebenfalls dazu, dass auch heute noch besonders für Mädchen keine Möglichkeiten zum Schulbesuch besteht.

Als HÎNBÛN mit seiner Arbeit begann, existierten in Deutschland keine Alphabetisierungsangebote für Erwachsene in der kurdischen Sprache. Seit 1982 hat sich HÎNBÛN daher bemüht, muttersprachliche Alphabetisierung insbesondere für hier lebende kurdische Frauen durchzuführen und weiter zu entwickeln. Dabei kann die Alphabetisierung nicht losgelöst von der Situation der kurdischen Frauen in Kurdistan und in Berlin bzw. der Bundesrepublik Deutschland betrachtet werden. Die Alphabetisierung in der kurdischen Muttersprache wirkt auch dem Verlust der sprachlichen und kulturellen Identität der Kurdinnen entgegen und stärkt das Selbstbewusstsein der Frauen.

Da für die kurdische Sprache in den unterschiedlichen Herkunftsstaaten verschiedene Alphabete verwendet werden (arabisch, kyrillisch, lateinisch) hat sich auch das vorhandene Alphabetisierungsmaterial sehr heterogen entwickelt. Für die in den ehemaligen Sowjetrepubliken und Südkurdistan (Irakisch-Kurdistan) lebenden KurdInnen gibt es nur Alphabetisierungsprogramme für Kinder, die nicht ohne weiteres auf Erwachsene übertragbar sind.

Die im HÎNBÛN entwickelte Methode ist hervorgegangen aus Vergleichen der bisher existierenden Methoden in anderen Sprachen (Paulo Freire und Morphem Methode) und aus der praktischen Arbeit mit den Kursteilnehmerinnen. Um den Lernprozess nicht zu sehr zu mechanisieren, wurde ein bestimmtes Thema aus dem Alltag der Frauen zum Mittelpunkt einer jeweiligen Unterrichtsstunde gemacht. Dazu gehört natürlich auch die Erinnerung an das Leben in Kurdistan.

Das spielerische Element ist auch in der Erwachsenenbildung entscheidend. Die Lernatmosphäre wird dadurch entspannt und bietet darüber hinaus vielseitige Möglichkeiten, die Aufnahmebereitschaft zu erhöhen.

Da die Lernbedingungen der erwachsenen Schülerinnen einerseits durch ihre soziale Benachteiligung im Herkunftsland und andererseits durch alltägliche Probleme belastet sind, zeigen sich die Lernerfolge oft in einem langsameren Tempo, als die Frauen dies wünschen. Im Unterricht wird auch der Prozess des Lernens thematisiert, um die Frauen darin zu bestärken, ihr Ziel nicht aus den Augen zu verlieren.

Arbeit mit Flüchtlingsfrauen

Angesichts der besonders schwierigen Situation der Flüchtlingsfrauen, mit denen HÎNBÛN tagtäglich in der Beratung konfrontiert ist, hat sich dem Bedarf entsprechend ein spezifisches Angebot für diese Frauen entwickelt. In Frauengruppen haben sie Gelegenheit durch Kontakte zu anderen Frauen neue Perspektiven für ihr Leben im Exil zu entwickeln und ihre traumatischen Erlebnisse mit Unterstützung anderer zu verarbeiten.

Im HÎNBÛN gibt es gegenwärtig drei Projekte mit Flüchtlingsfrauen.

1. „Reichtum der Kulturen“ - Austausch mit einheimischen Frauen

Flüchtlingsfrauen, die im Behandlungszentrum für Folteropfer in Behandlung sind, treffen sich regelmäßig mit kurdischen Frauen, der zweiten und dritten Generation sowie mit deutschen Frauen, um sich gegenseitig auszutauschen. Dabei geht es in Bezug auf die Flüchtlingsfrauen im wesentlichen darum, in Rollenspielen die Exilerfahrung und die eigene Vergangenheit zu erfassen. Über den Austausch mit den hier schon länger ansässigen Frauen sollen mögliche negative Erfahrungen und Ängste aufgelöst und in Relation zur Realität gebracht werden. Das regt dazu an über die eigene Rolle als Opfer nachzudenken, eine zutreffende Selbsteinschätzung zu erreichen und auf Situationen flexibler zu reagieren. Selbstbehauptung ist eines der Schlagwörter in diesem Kontext.

2. Gesprächskreis für asylsuchende Frauen unterschiedlicher Herkunftsländer

In Berlin lebende Flüchtlingsfrauen aus allen Teilen dieser Erde treffen zusammen und tauschen sich aus. Dieser interkulturelle Treffpunkt bietet den Frauen Gelegenheit, extreme und oft schmerzhaft erlebte Erlebnisse aus der Heimat zu verarbeiten. Geleitet wird der Gesprächskreis von einer Fachkraft. Aber nicht nur die Vergangenheit steht hier im Mittelpunkt, sondern auch das alltägliche Leben in Berlin.

3. Runder Tisch für kurdische Flüchtlingsfrauen

Kurdische Frauen tauschen sich hier über ihre Erfahrungen und Erlebnisse aus. Es geht darum, die Frauen zu motivieren, im Umgang mit Öffentlichkeit selbstbewusster aufzutreten und die eigene persönliche Situation im gesamtpolitischen Zusammenhang zu verstehen. Gleichzeitig sind die Frauen bestrebt, selbst auf ihre Situation als Frauen, die Folter, Gefängnis und Vertreibung erfahren haben, aufmerksam zu machen. So wandten sich die kurdischen Flüchtlingsfrauen 1998 anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte mit einer Stellungnahme an die Öffentlichkeit. Sie verwiesen darauf, in welche ironische Wendung sich der Artikel 5 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verwandelt angesichts ihrer eigenen leidvollen Erfahrungen. Dort heißt es: „Niemand darf Folter oder grausamer, unmeschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.“

Nachbarschaftstreffpunkt / Offener Treffpunkt

HÎNBÛN war von Anfang an ein Nachbarschaftstreffpunkt, ein Ort der Kommunikation für Frauen aus Spandau und später aus verschiedenen Teilen Berlins. Viele Frauen haben ihren Weg aus der Isolation gefunden, haben Freundschaften geschlossen und im Zusammensein mit anderen Frauen neue Sichtweisen und persönliche Perspektiven entwickelt. Aus den Treffpunktgesprächen sind selbstorganisierte Gruppenaktivitäten und Selbsthilfegruppen entstanden. Im Rahmen des Treffpunktes finden in lockeren Gesprächen Begegnungen zwischen Frauen unterschiedlicher kultureller Herkunft statt. Gemeinsame Freizeitgestaltung wie Veranstaltungsbesuche, Feste und andere Aktivitäten werden hier geplant und vorbereitet.

Eines der großen Ereignisse in diesem Rahmen ist das alljährliche Neujahrsfest NEWROZ, das am 21. März gefeiert wird. Für die Vorbereitung des Festes wird gezielt eine Gruppe von Personen unterschiedlicher Herkunft zusammengestellt. Damit ist gleichzeitig auch für ein gemischtes Publikum gesorgt. Auf einem unserer NEWROZ-Feste waren 17 unterschiedliche „Nationen“ vertreten. Es kommt aber auch manchmal vor, dass überwiegend deutsche Gäste kommen. Dies mag mit dem Umstand zusammenhängen, dass die Spandauer Zitadelle als Veranstaltungsort ein eigenes Publikum anzieht.

Mädchen - und Jugendarbeit

ImmigrantInnenkinder müssen ihre schulische Laufbahn oft alleine bewältigen, da sie von ihren Eltern in der Regel nur wenig fachliche Unterstützung erhalten können. Eine gute Schulbildung ist besonders für die Mädchen bedeutsam, denen sich neue Perspektiven eröffnen, die ihren Müttern oft verwehrt blieben.

Die Hausaufgabenhilfe und die Begleitung der Mädchen in der Schulabschlussphase hat von daher eine besondere Relevanz auf dem Weg in eine eigene Berufstätigkeit. Die angebotenen Kurse werden von Mädchen und jungen Frauen regelmäßig in Anspruch genommen.

Ausbau von Kooperationen zu Institutionen und Versorgungseinrichtungen und Durchführung von Fortbildungen für Fachkräfte

Angesichts der Tatsache, dass die Bundesrepublik Deutschland seit ca. 40 Jahren de facto ein Einwanderungsland ist, in dem sich MigrantInnen verschiedener Herkunft niedergelassen haben, sind auch zahlreiche Einrichtungen in ihrer alltäglichen Arbeit mit der Versorgung von MigrantInnen konfrontiert. Allerdings existieren für Angehörige ethnischer Minderheiten in Deutschland gerade in Hinblick auf Behörden, Bildungsinstitutionen und Einrichtungen der Gesundheitsversorgung immer noch hohe Zugangsbarrieren. Oft können sie mit ihren Anliegen in den Institutionen nicht weiterkommen, da sie nicht verstanden werden. Den dort tätigen Fachkräften fehlen relevante Sprachkenntnisse oder Hintergrundinformationen; aber auch vorgefasste Einstellungen erschweren ein adäquates und unbefangenes Umgehen miteinander.

HÎNBÛN nimmt seit vielen Jahren eine wichtige Funktion als Mittler bzw. Kontaktstelle zwischen MigrantInnen und MitarbeiterInnen von Institutionen, Kliniken und Behörden ein. Um bei der Klärung von Problemen zu helfen, wird HÎNBÛN oft wegen immer wiederkehrenden Fragestellungen hinzugezogen.

Daher bietet HÎNBÛN regelmäßig Fortbildungsveranstaltungen an: Seminare, Vorträge und Informationsveranstaltungen über Themen wie Emigration, erste und zweite Generation, Religion, KurdInnen und ähnliche Themen nach denen Informationsbedarf vorhanden ist. Nach jahrlanger interkultureller Praxiserfahrung sind Arbeitsweisen entwickelt und erprobt worden, mit denen kulturelle Bedeutungszusammenhänge gezielt weitervermittelt werden können. Wichtig dabei ist uns dabei, einen Sensibilisierungsprozess anzuregen, der die interkulturellen Kompetenzen der Fortbildungsteilnehmer vertieft und erweitert. Also auch deren Erfahrungen in unseren Veranstaltung aufzunehmen und einzuarbeiten. Das Ziel ist die interkulturelle Öffnung sozialer Dienste und die Entwicklung von Strategien zu einer besseren Kooperation.

So konnten auf Nachfrage seitens der Fachkräfte und Institutionen beispielsweise für MitarbeiterInnen von Krankenhäusern, Flüchtlingswohnheimen, Polizei, Volkshochschulen im Ost- und Westteil der Stadt sowie in Brandenburg Fortbildungen durchgeführt werden. Allein das Kennenlernen der Arbeit von HÎNBÛN scheint die Fachkräfte zum Nachdenken anzuregen.

Öffentlichkeitsarbeit, Medienkontakte und Kooperationen mit anderen Einrichtungen und Projekte

Öffentlichkeitsarbeit war schon immer ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt von HÎNBÛN. Ziel ist es, auf spezifische Probleme von MigrantInnen hinzuweisen und die Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren. Ebenfalls sollen konstruktiven Gestaltungsmöglichkeiten sowohl für die Integration als für den Umgang von Einheimischen und MigrantInnen miteinander aufgezeigt werden. Neben der interkulturellen Verständigung liegt ein weiterer Schwerpunkt auf der Informationsvermittlung über die Situation der KurdInnen in der Emigration und in ihren Herkunftsländern.

Durch Vorträge, Informationsveranstaltungen, eigene Veröffentlichungen, Filmvorführungen, kulturelle Veranstaltungen, Feste wie das kurdische Neujahrsfest NEWROZ wird ein breites Publikum angesprochen. Die Veröffentlichungen von Presseerklärungen sowie regelmäßige Kontakte zu Rundfunk und Presse bilden ebenfalls eine zentrale Basis der Öffentlichkeitsarbeit. Anlässlich seines 10 jährigen Bestehens veranstaltete HÎNBÛN im Jahr 1991 eine internationale Tagung zum Thema „Kurdische Frauen und Familien in Europa“, an der ReferentInnen aus sieben europäischen Ländern teilnahmen, um sich über die Entwicklung der politischen und sozialen Integrationsmaßnahmen in anderen europäischen Ländern auszutauschen. Die dreitägige Tagung wurde von ca. 150 BesucherInnen aus Berlin, der Bundesrepublik sowie anderen europäischen Ländern besucht.

Die von HÎNBÛN selbst erstellten Medien werden im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit gezielt eingesetzt. Durch die jahrelang erfolgte Öffentlichkeitsarbeit hat HÎNBÛN bereits einen sehr hohen Bekanntheitsgrad, auch über die Grenzen von Berlin hinaus, erreicht. Interessierte BesucherInnen und Gruppen aus Berlin, aus dem übrigen Bundesgebiet sowie aus anderen Ländern kommen zu HÎNBÛN, um sich über die Situation der KurdInnen zu informieren, aber auch um mehr über das Leben der MigrantInnen in der Bundesrepublik und über die interkulturellen Arbeitsansätze von HÎNBÛN zu erfahren.

Der Kontakt, Austausch und die Vernetzung mit anderen Einrichtungen auf lokaler, überregionaler und internationaler Ebene nehmen einen großen Stellenwert ein. Im immer stärker zusammenwachsenden Europa gewinnen internationale Netzwerke mit anderen Organisationen an Bedeutung, vor allem weil der Bereich Migration sich nicht auf einen kleinen regionalen Bezugspunkt reduzieren lässt. In den letzten Jahren hat dies dazu geführt, dass HÎNBÛN mehrere Partnerschaften in den europäischen Ländern geschlossen hat, aber auch in den nicht-europäischen Ländern wie Kurdistan oder dem westafrikanischen Ghana.

Regelmäßige Arbeit in Gremien und Arbeitsgruppen und Zusammenarbeit mit Institutionen

HÎNBÛN arbeitet regelmäßig mit anderen Einrichtungen zusammen, sowohl auf europäischer, als auch auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene. Nur durch den Austausch mit anderen Organisationen und die Zusammenarbeit in Gremien können gemeinsame Strategien für die Verbesserung der Situation der MigrantInnen entwickelt werden.

Zwei Beispiele aus der Arbeit von HÎNBÛN

Um die Arbeit von HÎNBÛN zu veranschaulichen, werden hier zwei Projekte ausführlicher dargestellt. Zwei Projekte, die in die Zukunft weisen und die Veränderung der Zielgruppen im HÎNBÛN dokumentieren. Die Arbeit des HÎNBÛN hat sich stets den aktuellen Bedürfnissen der ImmigrantInnen und den Erfordernissen der Zeit angepasst. Eines der Projekte war ein Jugendprojekt, das HÎNBÛN 1998 veranstaltete und das die Auseinandersetzung der zweiten und dritten Generation im Blickfeld hatte. Das andere Projekt steckt noch in den Kinderschuhen und richtet sich gezielt an Flüchtlingsfrauen.

Interkulturelle Jugendbildungsfahrt nach Auschwitz und Krakau 1998

Die Reise wurde gemeinsam von HÎNBÛN und dem Evangelischen Amt für Jugendarbeit in Spandau (AJAKS) vorbereitet und durchgeführt. Die zentrale Motivation und Ausgangsbasis für diese interkulturelle Jugendbildungsfahrt war der Gedanke, Interkulturalität als wechselseitigen Prozess der Annäherung zu begreifen, als eine Arbeit "zwischen" und "mit" verschiedenen Kulturen.

In diesem Sinne wurden für die Fahrt nach Auschwitz und Krakau von HÎNBÛN ganz bewusst kurdische Jugendliche der sog. 2. und 3. Migrantengeneration angesprochen. Da diese hier geboren und aufgewachsen sind und die meisten auch ihre Zukunft hier planen, wirkt die deutsche Vergangenheit sich auch auf ihren Alltag aus. Wie ihre deutschen Mitschüler werden sie in unterschiedlichen Zusammenhängen immer wieder mit dem Thema "Deutsche Geschichte" und damit auch mit dem "Dritten Reich" konfrontiert.

Es wurde berücksichtigt, dass die deutschen und die kurdischen Jugendlichen nicht den gleichen Zugang zu diesen Themen haben, also auch von unterschiedlichen Betroffenheitsgraden auszugehen war. Offen war jedoch, ob und wie sich die kurdischen und deutschen Jugendlichen annähern und wie die kurdischen Jugendlichen mit dem Thema Auschwitz umgehen würden.

Da es vielfältige Aspekte zu berücksichtigen gab, wurde die Reise in drei Treffen intensiv vorbereitet. Neben Themen über das Leben in den KZs und der aktuellen Geschichte Polens wurde auch das Leben von MigrantInnen, Minderheiten bzw. den sogenannten „Fremden“ in Berlin, besonders das der KurdInnen, diskutiert.

Auschwitz und Krakau

Fast eine Woche verbrachten die Jugendlichen dann in Auschwitz. Nach diesem Exkurs in die Vergangenheit, bekamen die Jugendlichen dann in Krakau einen Einblick in das heutige jüdische Leben in Polen. Die Gelegenheit eines sehr intensiven Austausches bot der Besuch in einer polnischen Schule. Insgesamt intensivierte die Zeit in Krakau auch das Verhältnis der kurdischen und deutschen Jugendlichen zueinander. Während und nach der Reise wurde immer wieder über die Situation im heutigen Kurdistan gesprochen.

Ausblick und weitere Aktivitäten

Außer einem ersten Nachtreffen gab es noch weitere gemeinsame Veranstaltungen und Aktivitäten der Jugendlichen. Ein Großteil der Gruppe bereitete die zentrale Gedenkveranstaltung der Evangelischen Jugend in Berlin zum 9. November 1998 gemeinsam vor und brachte das auf dieser Reise Erlebte aktiv ein. Auch beschäftigte sich die Gruppe intensiv mit Rassismus und startete in der Evangelischen Kirche eigene Aktionen.

Das folgende Zitat eines deutschen Teilnehmers zeigt stellvertretend die Bedeutung der interkulturellen Gruppe:

"Bei der Besichtigung der KZ-Gedenkstätten, mit denen untrennbar die Täterrolle des deutschen Volkes verbunden ist, war ich auch dankbar dafür, dass unsere Gruppe durch die kurdischen TeilnehmerInnen zur Hälfte aus Menschen bestand, auf die dieser Tätermakel nicht zutraf und die sich dennoch gemeinsam mit uns der Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit stellten, was mir sehr viel Mut für das Erleben dieses Ortes gegeben hat".

Schreibwerkstatt für (gefolterte) Flüchtlingsfrauen

Ein kurzer Abriss über die schwierigen Lebensumstände von Flüchtlingsfrauen in der Bundesrepublik ist auf Seite ? zu lesen. Anstoß zu der Idee eine Schreibwerkstatt erstmals in Form von Wochenendworkshops anzubieten, waren die unterschiedlichen und vielfältigen Erlebnisse der einzelnen Frauen. Bei gemeinsamen Veranstaltungen wurden immer wieder faszinierende Anekdoten, Geschichten und Märchen erzählt oder teilweise nur angerissen. Die meisten dieser jungen Frauen haben aber auch Gewalt bis hin zu Vergewaltigung erlebt. Die wenigsten von ihnen haben die Möglichkeit einen Therapieplatz im Behandlungszentrum für Folteropfer oder im Xenion, der psychotherapeutischen Beratungsstelle für politisch Verfolgte, zu bekommen, um wenigstens so einen Weg zu finden, über das Geschehene zu sprechen. Eingepfercht in Flüchtlingswohnheimen auf kleinstem Raum, teilweise mit Mann und Kindern, ist für die Frauen, die aufgrund der politischen Situation ihre Heimat verlassen mussten, das Leben hier alles andere als paradiesisch.

Der Flut von Geschichten und Legenden aus der Kindheit, die Gewalt- und später die Exilerfahrung wecken in den Frauen das Bedürfnis diese in Worte zu fassen, ob mündlich oder schriftlich. Da die meisten von ihnen nur ein paar Jahre zur Schule gegangen sind, fällt ihnen das schriftliche Erzählen besonders schwer. Hinzu kommt, dass sie aus Kurdistan oft nur die orale Tradition kennen. Anhand von Schreibübungen sollen Schreibblockaden und -hemmungen abgebaut werden. Doch Schreiben soll hier nicht nur als Verarbeitungsmöglichkeit genutzt werden, sondern die teilweise sehr wortgewandten Frauen sollen für sich selbst feststellen, ob sie ihre Scheherazade-Qualitäten nicht auch in Geschichten oder Gedichte fließen lassen möchten.

Neben vielen Übungen werden auch Beispiele aus der Literatur vorgestellt. Beispielsweise Formen, die orale Literatur zu fixieren, wie sie in Lateinamerika als Testimonialliteratur oder in der afro-amerikanischen Literatur existieren. Auch wollen wir mit Hilfsmitteln wie Aufnahmegeräten arbeiten, damit unter Umständen, die eher mündlich begabten mit den schriftlich begabten Frauen zusammenarbeiten können.

Die folgenden Texte stammen aus den Federn der Teilnehmerinnen:

Jiyan ji bû min

Hejekirin, veqetandin, Jiyan, bekesî, nexwesî,
Xwişkûn, zarokî, hevaltî, dayik, bav, Kurdistan,
Kaltûr, Evînî, kawarî, Dîbistan, hesret, îstence,
Hewgirtin, Fikir, beqewetî, berxwedan, daxwarî,
Zehmetî, birawerî, Xemgîrî,

Das Leben für mich

Lieben, trennung, Leben, einsamkeit, krankheit,
Schönheit, kindheit, freundschaft, mutter, vater, Kurdistan,
Kultur, Liebe, glauben, Schule, sehnsucht, Folter,
Verbundenheit, Gedanke, hilflosigkeit, widerstand, wunsch
Anstrengung, wunsch, Kummer

Gülseren, 23 Jahre

özlem diyice
aklıma önce
kürdistan evim
anem babam
aylem kandeşlerim
korku diyice aklıma
işkece geliyor
Polis bakın Pazer
asker gece kapi
gamak ses bular
ben korkutiyon

bei Sehnsucht
fällt mir zuerst
Kurdistan mein Haus
meine Mutter
 mein Vater
meine Familie
 meine Geschwister
bei Angst fällt mir
Folter ein
Polizei schaut da Panzer
Soldat Nacht Tür
Klopfen Stimmen sind das
Ich machen Angst

Safiye, 34 Jahre

Schlussbemerkung

Wie wenig in Deutschland über die KurdInnen bis Anfang der 80iger Jahre bekannt war, ist in dieser Broschüre ausführlich geschildert worden. Welch hartnäckige Überzeugungsarbeit unsererseits geleistet werden musste, um ein spezielles Angebot für die KurdInnen zu schaffen, kann ich Ihnen, als jemand, der von Anfang an das Projekt begleitet hat, aus langjähriger Erfahrung versichern. Nicht nur die deutsche Öffentlichkeit musste sensibilisiert werden. Zuerst musste vor allem den öffentlichen Institutionen deutlich gemacht werden, dass unter den hiesigen Minderheiten sich eine Gruppe befand, deren Sorgen und Nöte sich von denen der anderen unterschied und dass sich diese in einem Sozialstaat nicht ihrem eigenen Schicksal überlassen werden durfte. So widmete sich HÎNBÛN in den Anfängen besonders der Wissensvermittlung: Wer sind eigentlich diese KurdInnen?

Von Anfang an galt das Hauptmerk von HÎNBÛN immer den Frauen und ihren Familien. Öffentlichkeitsarbeit stellte einen wesentlichen Teil bei der Herstellung eines Dialogs zwischen KurdInnen, Deutschen und anderen Minderheiten dar. Dabei war jegliche Arbeit mit den Frauen und ihren Familien getragen von dem Leitgedanken: Hilfe zur Selbsthilfe. Sollten beispielsweise amtliche Formulare ausgefüllt werden, taten die HÎNBÛN-Mitarbeiterinnen dies gemeinsam mit den Frauen, damit diese einen Bezug zu ihren eigenen Angelegenheiten bekamen, und im Idealfall eines Tages selbst solche Aufgaben erledigen konnten. Dieses einfache Beispiel aus der Beratungspraxis lässt sich auf alle anderen Bereiche übertragen.

Im Falle der kurdischen Frauen galt es auch auf anderer Ebene, auf einer subtileren Ebene, anzusetzen. Aufgrund ihrer Herkunftsgeschichte und der davon beeinflussten Migrationsgeschichte waren sie zunächst in einer recht verzweifelten Situation. Denn Deutschland bedeutete für sie nicht selten das Herausgerissenwerden aus der dörflichen Gemeinschaft, in der sie eine bestimmte Stellung innehatten und auch Halt bekamen. In Deutschland erfuhr ihr Selbstbewusstsein eine Art Rückentwicklung. Das Leben in einer fremden Großstadt trieb sie in Abhängigkeit von ihren Männern, Kindern und Mitmenschen, sie wurden zunehmend passiv. Genau in diesen Prozess versuchte HÎNBÛN einzugreifen: Hilfestellung leisten noch bevor die sich Strukturen allzu sehr verhärteten, das Selbstbewusstsein der Frauen stärken und sie ein Stück begleiten auf der Suche nach ihrer Identität.

Unsere Angebote waren entsprechend "direkt" ausgerichtet. Den kurdischen Frauen der erste Generation, die fast alle Analphabetinnen waren, konnte durch Bildung, d.h. in diesem Fall zuerst durch Alphabetisierungskurse, sehr geholfen werden. Weit und breit gab es kein Angebot, dass auf sie zugeschnitten war. Zu jener Zeit wurde die Bedürfnisse der "großen" Minderheiten abgedeckt. Es gab jugoslawische und türkische Volkshochschulkurse, von denen sich die KurdInnen nicht angesprochen fühlten. Dabei stellte gerade für die KurdInnen Deutschland eine große Chance dar. Anders als in ihren Herkunftsländern gab es hier die Möglichkeit ein spezielles Angebot ins Leben zu rufen.

Doch gleichzeitig galt es Vorurteile abzubauen. Dafür mussten die Mitglieder der verschiedenen Kulturen einander begegnen, sich austauschen, sich kennenlernen. Dies konnte nur im Rahmen einer "interkulturellen" Ausrichtung geschehen. So erweiterten wir die Bildungsangebote durch handwerklich - kreative Kurse wie Seidenmalerei, Töpfern, Kochen, die auch die deutschen Frauen ansprachen. Das gemeinsame Interesse brachte die Frauen einander näher und gab allen Gelegenheit Fragen zu stellen und Einblick in das Leben von Frauen aus anderen Kultur zu bekommen. Dieses Unternehmen war ein gewagtes Experiment, denn es konnte durchaus scheitern. In ganz Deutschland gab es keine andere Einrichtung mit einer solchen Ausrichtung. Dennoch sollte der Andrang von Frauen uns nach kurzer Zeit schon darin bestätigen, dass das Experiment geglückt war.

Wir hängten unsere Ziele nicht allzu hoch und sahen unsere Arbeit eher wie im folgenden Bild: Wir bepflanzten einen Boden nach langen Mühen der Urbarmachung mit Obstbäumen und wenn fünf von diesen Früchte tragen sollten, war dies schon ein Erfolg. Die Früchte würden weitergegeben werden und neue Bäume würden gepflanzt werden. Dieses Bild verdeutlicht auch, dass wir unsere Arbeit als Prozess begriffen.

Und ein Prozess ist es auch bis heute geblieben. Die Arbeit von HÎNBÛN ist von den Frauen geprägt worden, die zu uns kamen. Auch jede neue Entwicklung auf politischer Ebene veränderte unsere Arbeit. Auf den vorhergehenden Seiten sind wichtige Ereignisse wie Halabscha, der Golfkrieg und die Entvölkerung kurdischer Dörfer von türkischen Militärs bereits erwähnt worden, die nicht nur einschneidende Erlebnisse für KurdInnen in den jeweiligen Gebieten waren, sondern auch prägend für das Leben der KurdInnen in Berlin/Deutschland. Die davon ausgelösten großen Flüchtlingswellen schlugen über nach Berlin und veränderten die Zusammenstellung der kurdischen Gruppe.

Diese Situation, die sich massiv Anfang der 90iger Jahre abspielte, sollte die Arbeit von HÎNBÛN nachhaltig beeinflussen. Immer mehr Flüchtlingsfrauen machten Gebrauch von unserem Beratungsangebot. Dies hängt natürlich mit dem Umstand zusammen, dass HÎNBÛN bis zum heutigen Tag leider die einzige staatliche Beratungsstelle für Fragen und Probleme von KurdInnen geblieben ist. Die Arbeit mit den Flüchtlingsfrauen eröffnete neue Bedürfnisse, auf die wir reagieren mussten. Dies führte u. a. zu einer engen und sehr positiven Zusammenarbeit mit dem 1991/92 gegründeten Behandlungszentrum für Folteropfer.

Etwa zeitgleich mit den regelmäßige Besuchen von Flüchtlingsfrauen erreichten HÎNBÛN auch Nachfragen der zweite MigrantInnengeneration. Dies führte insgesamt zu einer Verschiebung in unserer Arbeit, die von den Bedürfnissen dieser beiden Gruppen geprägt ist und uns auch in den nächsten Jahren beschäftigen wird. Der interkulturelle Hintergrund vor dem sich diese Arbeit vollzieht, ist für beide Gruppen eine Bereicherung. Das Zusammentreffen dieser Frauen mit Frauen unterschiedlicher Kulturen und Ethnien hat eine stärkere Dynamik als die der ersten HÎNBÛN-Jahre. Vor allem die Flüchtlingsfrauen lernen dadurch schneller und flexibler auf die neuen Lebensumstände zu reagieren. Auch wenn die Flüchtlingsfrauen genauso wie die KurdInnen der ersten Generation das Fremde mit Gewalt assoziieren, so müssen sie sich gleich nach ihrem ersten Besuch mit der Begegnung anderer Kulturen auseinandersetzen.

Unser größter Wunsch für die Zukunft nach langjähriger interkultureller Arbeit bleibt daher, dass auch Deutschland ähnlich wie Schweden, noch mehr interkulturelle Einrichtungen fördert, damit ein größerer Austausch zwischen den verschiedenen Kulturen stattfinden kann. Denn die Integration ist niemals einseitig, sondern immer wechselseitig.

Für die jahrelange finanzielle Unterstützung und reibungslose Zusammenarbeit dankt HÎNBÛN ganz besonders der Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, die unsere Arbeit stets geschätzt hat.

Auch dem Bezirk Spandau und all seinen Abteilungen, mit denen wir in Kontakt waren, sowie der Evangelischen Kirche und unserem Träger dem Kreiskirchenrat gebührt unser Dank.

Und vor allem danken wir den kurdischen Frauen und Familien, die uns in guten wie in schlechten Zeiten begleitet haben.

Aso Agace, Leiterin von HÎNBÛN

Von HÎNBÛN erstellte Materialien

1. HÎNBÛN-Broschüre. 1988.
2. Traurige Reise. Giftgaseinsatz in Kurdistan. Die Opfer. Die Flucht. Die Folgen. 1990.
3. Küchenschätze aus dem Orient und Okzident: Rezeptsammlung von ImmigrantInnen und einheimischen Frauen im interkulturellen Kochkursus von HÎNBÛN erprobt und für Sie aufgeschrieben. 1992.
4. Zwischenwelten. Ein kunsttherapeutisches Projekt in Zusammenarbeit mit Behandlungszentrum für Folteropfer und HÎNBÛN. 1994
5. HÎNBÛN - Lernen, Neues erfahren. Videofilm. 1996.
6. „Auschwitz - Warum fahrt ihr eigentlich dahin?“
Erlebnisse und Erfahrungen einer deutsch-kurdischen Jugendgruppe.
Dia-Ton-Serie mit Textheft. 1998.

Ausgewählte Literatur zum Thema KurdInnen

- Ahmad, Fadil: Die Stellung der Frau in der kurdischen Gesellschaft. In: *VIA-Magazin*. Bonn 3: 1991. 1-20.
- Amman, Birgit: *Bibliographie zum Thema Kurden und Kurdistan*. Berlin 1988.
- Behrendt, Günter: *Nationalismus in Kurdistan. Vorgeschichte, Entstehungsbedingungen und erste Manifestationen bis 1925*. Hamburg 1993.
- Besikci, Ismail: *Kurdistan - internationale Kolonie*. Frankfurt am Main 1991.
- Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. 1996.
- Borck, Carsten; Savelsberg, Eva; Hajo, Siamend: *Kurdologie. Ethnizität, Nationalismus, Religion und Politik in Kurdistan*. Münster 1997.
- Bruinessen, Martin van. *Agha, Scheich und Staat*. Politik und Gesellschaft Kurdistans. Berlin 1989.
- Chaliand, Gérard (Hrsg.): *Kurdistan und die Kurden*. Band 1. Göttingen 1984.
- Descher, Günther: *Die Kurden - das betrogene Volk*. Erlangen; Bonn; Wien 1989.
- Feigl, Erich: *Die Kurden. Geschichte und Schicksal eines Volkes*. München 1995.
- Genocide Watch (Hrsg.): *Kurdistan - Türkei. Medizin unter Kriegsbedingungen*. Berlin; Göttingen 1996.

inamo: Kurdistan - Türkei. In: inamo - Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten 5 (18): 1999.

Kurdistan-AG AStA-FU Berlin und der Kurdologie-AG der Uni Hamburg (Hrsg.): *Kurdologie. Studien zu Sprache, Geschichte, Gesellschaft und Politik Kurdistans und der Kurdinnen und Kurden*. Berlin 1994.

Reichmann, Hannes; Foggensteiner, Alexander. *Der Kurdische Knoten. Völkermord im Schatten des Golfkrieges*. München 1988.

Schmidt, Susanne: *Kurdisch-Sein und Nicht-Sein. Einblicke in Selbstbilder von Jugendlichen kurdischer Herkunft*. Navend e.V. Schriftenreihe Bd. 3. Bonn 1998.

Schneider Robin (Hrsg.): *Die Kurdischen Yezidi. Ein Volk auf dem Weg in den Untergang*. Göttingen 1980.

Schriftenreihe Wissenschaft und Frieden: *Volk ohne Menschenrechte? Lage und Perspektiven der Kurdinnen und Kurden in Kurdistan, der Türkei und Deutschland*. Marburg 1995.

Solina, Carla: *Der Weg in die Berge. Eine Frau bei der kurdischen Befreiungsbewegung*. Hamburg 1997.

Vanly, Ismet Cherif: *Kurdistan und die Kurden. (Türkei und Irak)*. Band 2. Göttingen 1986.